

Sitzungsunterlagen zur StuRa-Sitzung am 07.11.2013

5

Inhaltsverzeichnis

Vorschlag zur Tagesordnung.....	2
1. Begrüßung und Formalia.....	3
Bestätigung des Protokolls vom 24.10.2013.....	3
2. Berichte und Protokolle.....	24
Protokoll der GF-Sitzung vom 22.10.2013.....	24
Protokoll der GF-Sitzung vom 30.10.2013.....	25
Protokoll der Förderausschusssitzung vom 21.10.2013.....	28
Protokoll der Förderausschusssitzung vom 28.10.2013.....	29
Quartalsbericht Geschäftsbereich Inneres 3/2013.....	30
Quartalsbericht Geschäftsbereich Hochschulpolitik 03/2013.....	31
Bericht von der Ungarn-Reise.....	35
3. Wahlen und Entsendungen.....	40
4. geschlossene Sitzung.....	43
5. Antrag 13/078 Grundordnungsänderung § 29 Abs. 1 – Ergänzungsordnungen und Richtlinien, 3. Lesung.....	44
6. Info-TOP Studentische Senatoren.....	45
7. AE-Ordnungsänderung 13/079 § 2 – AE- Berechtigte, 3. Lesung.....	46
8. Antrag 13/085 – Nachtragshaushalt HH 13/14, 3. Lesung.....	47
9. Antrag 13/087 Änderung der Mitgliedschaftsordnung § 2 Abs. 3 und § 3 Abs. 2, 3. Lesung.....	48
10. Info-TOP Rektorspende.....	49
11. Antrag 13/093 Finanzantrag Förderung IHI-Sport.....	50
12. Sonstiges.....	51

10

Vorschlag zur Tagesordnung

1. Begrüßung und Formalia
 - (a) Allgemeines
 - (b) Diskussion der Tagesordnung
 - (c) Bestätigung des StuRa-Protokolls vom 24.10.2013
- 5 2. Berichte
 - (a) Protokoll der GF-Sitzung vom 22.10.2013
 - (b) Protokoll der GF-Sitzung vom 30.10.2013
 - (c) Protokoll des Förderausschusses vom 21.10.2013
 - (d) Protokoll des Förderausschusses vom 28.10.2013
 - 10 (e) Quartalsbericht Geschäftsbereich Inneres 03/2013
 - (f) Quartalsbericht Geschäftsbereich Hochschulpolitik 03/2013
3. Wahlen und Entsendungen
4. geschlossene Sitzung
5. Antrag 13/078 Grundordnungsänderung §29 Abs.1 3. Lesung
- 15 6. Info-TOP Studentische Senatoren
7. Antrag 13/079 AE-Ordnungsänderung §2 AE-Berechtigte 3. Lesung
8. Antrag 13/085 Nachtragshaushalt 3. Lesung
9. Antrag 13/087 Änderung der Mitgliedschaftsordnung §2 Abs.3 und §3 Abs.2 3. Lesung
10. Info-TOP Studentische Senatoren
- 20 11. Antrag 13/093 Finanzantrag Förderung IHI-Sport
12. Sonstiges

1. Begrüßung und Formalia

Bestätigung des Protokolls vom 24.10.2013

Versammlungsleiter: Sascha Schramm

Protokollant: Marius Walther

Sitzungsbeginn: 19:30 Uhr

5 Sitzungsende: 23:47 Uhr

Es sind 21 von 37 StuRa-Mitgliedern anwesend. Der StuRa ist beschlussfähig.

Tagesordnung

1 Begrüßung und Formalia.....	2
2 Bericht der GF und Ausschüsse.....	2
2a Info-TOP Rektorspende.....	3
3 Wahlen und Entsendungen.....	3
3a Antrag 13/080 §28 Arbeitsgemein- schaften 3. Lesung.....	4
3b Antrag 13/083 Aufhebung der Unterstützung der AGen durch den Studentenrat.....	6
4 Geschlossene Sitzung.....	7
4a Antrag 13/045 Änderung der Wahlordnung 3. Lesung.....	7
5 Antrag 13/082 Beitragsordnungsänderung 3. Lesung.....	8
5a Antrag 13/090 Verlängerung der Unterstützung der Projektgruppe 13.02.....	9
6 Antrag 13/078 Grundordnungsänderung §29 Abs. 1 – Ergänzungsordnungen und Richtlinien, 1. + 2. Lesung.....	9
7 AE-Ordnungsänderung 13/079 §2 – AE-Berechtigte, 1. + 2. Lesung.....	9
7a Finanzantrag 13/089 Referat für politische Bildung für die Vortrags -reihe zu Gesellschaftskritik und Psychoanalyse	11
8 Antrag 13/085 – Nachtragshaushalt HH 13/14, 1. + 2. Lesung.....	12
9 Antrag 13/087 Änderung der Mitgliedschaftsordnung § 2 Abs. 3 und § 3 Abs. 2, 3. Lesung...	12
10 Finanzantrag 13/088 NAS.....	13
11a INI-Antrag 13/091 Reisekosten Konferenz kritische Theorie	14
11b INI-Antrag 13/092 Reisekosten zur Tagung Bildung vs Ausbildung.....	14
12 Sonstiges.....	14

1 Begrüßung und Formalia

Allgemeines

5 Jessica Wenzel ist exmatrikuliert.

Katharina Scholz ist vom Referat Struktur zurückgetreten.

10 Diana-Viktoria Menzel und Steven Seiffert beenden zum 31.10.2013 ihr Engagement für die AG Teilzeitstudium.

Felix Walter wird zum 15.12.13 als GF Finanzen zurücktreten.

15 Die Sitzungsleitung bittet das Plenum darum, bei Änderungsanträgen die Zettel mit Antragsnummer und Datum zu versehen, damit diese leichter zugeordnet werden können.

Diskussion der Tagesordnung

20 Da der Antrag zur Geschlechterquote vergessen wurde, wird er jetzt auf Punkt 5 gelegt.

Es liegen außerdem 3 INI-Anträge vor:

Der INI-Antrag zur Verlängerung der Unterstützung der Projektgruppe 13.02 wird auf 5a gelegt.

Die beiden INI-Anträge von Johanna bzgl der Reisekosten werden auf 11 a + b gelegt.

25 Der Punkt Aufhebung der AG Unterstützung soll auf Punkt 3a verschoben werden.

Keine Gegenrede.

Bestätigung des StuRa-Protokolls vom 10.10.2013

30 S.2 Punkt Berichte Z.34 2. Satz: Der Satz könnte missverstanden werden. Der Satz soll geändert werden zu „...dieses Argument könnte ins Feld gezogen werden.“

Antrag 8 S. 46 € anstatt ct.

35 Die Kandidaten, die ihren Antrag für den Wahlausschuss zurückgezogen haben, sollen erwähnt werden.

3a Z. 50 Die Antwort auf die Frage, um was es sich bei der Fahrt handelt lautet: Exkursion in den Braunkohletagebau.

40 ?-Zeichen beachten

Keine Gegenrede.

Damit ist das so geänderte Protokoll beschlossen.

45

2 Berichte und Protokolle

Bericht Johanna mit Frau Strahringer: wird zugeschickt

50 Bericht LSR: wird von Johanna zugeschickt

Michael Grauert: Es wurde in dieser Sitzung auch darüber diskutiert, den LSR abzuschaffen, da die Arbeit so nicht mehr weiter gehen kann und keinen Sinn ergibt.

Johanna Kruner: Warum hast du (Michael) keinen GO-Antrag auf Feststellung der Beschlussfähigkeit gestellt. Das hätte die Sitzung und diese sinnlose Diskussion beendet.

5 Michael Grauert: Hat den Tagesordnungspunkt als InfoTop gesehen, in den man gut diskutieren konnte und dies musste auch mal geschehen. Außerdem war es eine konstruktive Debatte, die er nicht beenden wollte.

Es wurde berechnigte Kritik am Sprecher geäußert. Aber auch Kritik, dass zu wenig Input von der TU Dresden kommt, um richtig arbeiten zu können.

10 Matthias Zagermann: Es wurde ein Beschluss zu genau diesem Thema getroffen. Dieser sollte von Michael in den LSR getragen werden.

Protokoll der GF-Sitzung vom 08.10.2013

15

Keine Gegenrede.

Damit ist das Protokoll so bestätigt.

Protokoll der GF-Sitzung vom 16.10.2013

20

Liane Drößler: Warum geht spirex.de nicht online?

Matthias Zagermann: Das Problem war die Weiterleitung von 1&1. Das Problem ist mittlerweile behoben und die Seite ist über den Link erreichbar.

25

Liane Drößler: Warum bekommen wir nicht die Seite tu-dresden.de/engagement?

Janin Volkmann: www. ... /engagement ist zu allgemein. Gewünscht ist studentisches Engagement aber bisher ist noch nicht geklärt warum es nicht ausreichend ist.

30

Matthias Zagermann: Bittet darum, bei den Gästen aufgeführt zu werden.

Keine Gegenrede.

Damit ist das so geänderte Protokoll beschlossen.

35

Protokoll des Förderausschuss 10.10.2013

Keine Gegenrede.

Damit ist das Protokoll so bestätigt.

40

2a Info-TOP Rektorspende

Antrag der WiWis wird vorgestellt. Die Türen des HSZ sollen repariert werden.

45

Nochmal der Appell, dass Vorschläge gesammelt werden.

Matthias Zagermann: Die Idee der WiWis ist zwar gut aber das HSZ gehört dem SIB.

50

Grzegorz Lepich: Idee des FSR Physik: Die Beschaffung von weiterer Tontechnik. Der Vorschlag wird aufgenommen

3 Wahlen und Entsendungen

GO-Antrag von Robin May auf Vertagung der Wahl des GF Personals.

5 **Begründung:** Alle Kandidaten treffen sich nochmal am Montag und reden über die Wahl und über die einzelnen Ansichten der Kandidaten zum Posten.

Keine Gegenrede.

Damit ist der Punkt vertagt.

Kandidatin: Alexandra Schröder

10 **Entsendung** in den Studentischen Beirat „Lehrpraxis im Transfer“ des Hochschuldidaktikzentrums Sachsen.

Stellt sich selbst vor und erläutert, welche Möglichkeiten die Tätigkeiten für die Studenten bringt.

15 **Keine Gegenrede.**

Damit ist sie entsandt.

Kandidat: Phillip Glanz

20 **Entsendung** als studentischer Vertreter in den AK Q.

Diskussion/Nachfragen:

Thomas Mehlberg: Was ist der AK Q?

Phillip Glanz: Es ist ein Koordinierungsgremium für die Qualitätsanalyse.

25 Thomas Mehlberg: Koordiniert der AK auch die Selbstakkreditierung durch die Uni?

Phillip Glanz: Es wird eine Rückkopplung zwischen dem AK und der neuen Senatskommission stattfinden.

30 Johanna Kruner: Fürsprache. Philipp hat viel Wissen zu dem Thema und kann es gut vermitteln. Er wird seine Sache gut machen.

Keine Gegenrede.

35 **Damit ist er entsandt.**

Kandidatin: Janna Rückert

Entsendung in die Kommission für Umwelt.

40 **Keine Gegenrede.**

Damit ist sie entsandt.

Kandidatin: Katharina Wedler

45 **Entsendung** als Mitglied in das Referat für Qualitätsentwicklung.

Stellt sich selbst vor. Arbeitet bereits seit April im Referat. Arbeiten unter anderem auch dem AK Q zu.

Diskussion/Nachfragen:

Johanna Kruner: Fürsprache. Ist schon lange im Referat und macht gute Arbeit.

50 **Keine Gegenrede.**

Damit ist sie entsandt.

Kandidatin: Lan Huong Le

Entsendung in das Referat Öffentlichkeitsarbeit

Diskussion/Nachfragen:

5 Janin Volkmann: Fürsprache.

Keine Gegenrede.

Damit ist sie entsandt.

10 Kandidat: Matthias Funke

Entsendung als Mitglied im Referat Service und Förderpolitik.

Möchte sich entsenden lassen, um unter Felix im GF Inneres arbeiten zu können.

Möchte GF Finanzen werden.

15

Diskussion/Nachfragen:

Felix Walter: Fürsprache. Die Arbeit hilft, um Matthias einarbeiten zu können.

Keine Gegenrede.

20 **Damit ist er entsandt.**

GO-Antrag auf Abweichung von der beschlossenen Tagesordnung: Die Punkte 5 und 6 auf 3a und 3b

Keine Gegenrede.

25 **Damit sind die Punkte verschoben.**

3a Antrag 13/080 §28 Arbeitsgemeinschaften 3. Lesung

Antragssteller: Felix Walter + Alexander Kropp

30 **Antragstext:** Der StuRa möge beschließen den § 28 der Grundordnung wie folgt zu ändern:

(1a) Eine Arbeitsgemeinschaft (AG) des StuRa ist ein durch den StuRa bestätigter und unterstützter Zusammenschluss von Mitgliedern der Studentenschaften der Dresdner Hochschulen, der innerhalb der Aufgaben gemäß § 24 Abs. 3 Sächs. HSFG arbeitet.

35

(1b) Unter Auflagen, welche von der AG selbst in ihrer Grundordnung festgelegt werden müssen, dürfen auch Personen, die nicht Mitglied einer Dresdner Studentenschaft sind Mitglied der AG sein.

40 (2) [...]

(3) Die Arbeitsgemeinschaft kann sich jederzeit selbst auflösen. Dies ist dem StuRa anzuzeigen.

(4) - (7) [...]

45

(8) [entfällt]

(9) wird neu (8)

50 (9) [NEU] Eine AG des StuRa hat die gleichen Vorteile, wie eine anerkannte Hochschulgruppe

(10) Sollte die AG über eigene Finanzen verfügen, muss der Geschäftsführerin Finanzen des StuRa auf Anfrage jederzeit Einsicht in diese gewährt werden.

(11) Eine AG des StuRa hat ein Recht auf ein eigenes Konto beim StuRa. Ausgaben der AG aus deren eigenen Mitteln, welche 25% des Kontostandes des AG-Kontos, mindestens aber 1.000,- Euro übersteigen, müssen dem StuRa angezeigt werden.

5

Diskussion/Nachfragen:

Matthias Zagermann: AG war bisher der lockerste Verband vom StuRa in dem nicht nur Studenten sein mussten.

10 Zu Abs. 11: Es bringt nicht etwas zu kontrollieren, was nicht kontrollierbar ist. Es wäre gut, wenn alle betroffenen AGs befragt wurden wären.

AGs könnten ja auch ohne Unterstützung des StuRa weiter existieren. Deshalb sollte der Antrag abgelehnt werden.

15 Felix Walter: Abs 11.: Konten gehören dem StuRa. Es ist wichtig, dass die theoretische Möglichkeit der Kontrolle besteht. Wir wollten dafür sorgen, dass diejenigen, die sich bewusst gegen die Studentenschaft entschieden haben, keinen Vorteil von den AGs erhalten. Zu den vorherigen Formulierungen ändert sich nicht viel.

Bisher gab es keine Beschwerden von den AGs

20 **Änderungsantrag von Felix Walter:** Abs. 11 [...], müssen dem GF Finanzen des StuRa angezeigt werden.

Alexandra Schröder: Die Kontrolle ist ja bereits durch Frau Klaus gegeben. Wie ist das gemeint Vorteil von den AGs ziehen?

25

Johanna Kruner: Es gibt nicht nur AGs, die Vorlesungen o.ä organisieren sondern auch AGs, die z.B Internet zur Verfügung stellen.

30 Alexandra Schröder: Nicht-Mitglieder würden ja trotzdem etwas durch die Organisation der Veranstaltungen o.a. für die Studenten tun.

Felix Walter: AG DSN betreut außerdem das Internationale Gästehaus.

35 Elisabeth Brier: Wie würde die praktische Umsetzung aussehen? Soll festgehalten werden, wenn Kontakt mit der AG aufgenommen wird und dies wird dann dem GF mitgeteilt?

Felix Walter: Die Überprüfung ist schwierig. Bei der AG DSN wird bei der Anmeldung vorher der Studentenausweis kontrolliert. Zurzeit wird dies aber nur beim Einzug getan und nicht jedes Semester. Dadurch könnte man austreten und trotzdem das Internet beziehen.

40

Matthias Zagermann: Das Problem ist, dass die AGs nicht Teilkörperschaft des StuRa sind. AGs sind aufgrund unserer Grundordnung nicht an unsere Beschlüsse gebunden. AGs können nur um Unterstützung bitten. Außerdem haben AGs eigene Ordnung und es ist evt. rechtlich nicht sauber, unsere Ordnungen auf sie anzuwenden. Wenn es so wäre, müssten AGs keine Anträge über den StuRa stellen.

45

Es ist problematisch, die Zusammenarbeit auf Dresdner Studentenschaften zu begrenzen.

50 Felix Walter: AGs sind nicht an die Beschlüsse gebunden. In der Mitgliedschaftsordnung wird nur die aktuelle Änderung der Austrittsordnung einbezogen. Nicht-Mitglieder sollten nicht die Möglichkeit haben, die AGs zu nutzen.

Man darf auch gerne sächsische Hochschulen schreiben. Es sind aber AGs der TU Dresden.

Andreas Ellner: Was genau machen die AGs und wie bekommen Mitglieder von diesen Vorteile? AGs

machen doch eigentlich Sachen um die Studenten zu fördern?

Felix Walter: Es gibt 4 AGs. Bei der AG DSN ist der Vorteil klar. Bei der AG Schlau: Schwule und Lesben, die nicht Mitglied sind, können Räume etc. nutzen.

5

Felix Walter: Es geht nicht konkret um Alumni sondern die, die sich gegen die Studentenschaft entschieden haben. Es können alle Mitglied sein, aber nur unter bestimmten Auflagen. Diese Auflagen geben sich die AGs selbst.

10 Matthias Zagermann: Bei der AG Schlau ist der Anteil der Nicht-Mitglieder gering. Eine AG gründet sich um bestimmte Themen zu behandeln. Eine AG muss nicht unbedingt etwas tun, was den Studenten direkt hilft.

Es ist nicht zielführend dies einzuschränken.

15 Warum muss man den AGs vorschreiben, wie sie mit Nicht-Mitgliedern umgehen sollen? Es ist doch der AG überlassen wie sie damit umgehen.

Felix Walter: Es steht genau so drin.

Thomas Mehlberg: Soll das Geld nicht für Nicht-Mitglieder verwendet werden?

20

Felix Walter: Es geht nicht direkt um das Geld sondern die Möglichkeiten der AG.

Elisabeth Brier: Wie genau fließen die Gelder in die AGs.

25 Felix Walter: Geld direkt fließt in die AGs ohne Antrag nicht. Von diesen Geldern und Anträgen dürfen sowieso nur Mitglieder der Studentenschaft profitieren.

30 Andreas Ellner: Fürsprache für den Antrag. Der StuRa ist ein Gremium der verfassten Studentenschaft und es sollten nur die Vorteile haben, die Mitglieder dieser sind. Es wird den AGs offen gelassen, auch Andere mit einzubeziehen.

Matthias Zagermann: Ihr zwingt jetzt alle AGs sich eine Grundordnung zu geben. Viele haben noch keine.

Es gibt keinen Vorteil durch diesen Antrag.

35 Es hindert den StuRa nicht daran, einen Antrag von AGs abzulehnen. Die jetzige Ordnung gibt das her.

Änderungsantrag von Felix Walter: 1b streiche: [...] müssen [...] und füge ein: [...] sollen[...]

40 Matthias Zagermann: Wir haben in unserer Mitgliedschaftsordnung bereits die Möglichkeit Gebühren für Nicht-Mitglieder zu erheben.

Felix Walter: Sieht das Problem im neuen Text auch nicht, denn dieser ist nur genauer und eine bessere Formulierung des alten Textes.

45 Maximilian Bäumlner: Muss man die Hochschulgruppen dann nicht auch regeln?

Robin May: Bei der Anerkennung der Hochschulgruppen wird bereits darauf geachtet.

50 Grzegorz Lepich: Zusammenarbeit kann auf andere Hochschulen erweitert werden. Ist dies noch im neuen Text enthalten?

Felix Walter: Abs. 1a. Bis jetzt Dresdner, man kann es aber auch ändern.

Änderungsantrag von Grzegorz Lepich: Ersetze „der dresdner“ mit „von“

Wird von Felix nicht übernommen.

Formale Gegenrede.

Abstimmung : 10 Ja-Stimmen

5 **Damit ist der Antrag abgelehnt.**

GO Antrag auf Überweisung in die schriftliche Abstimmung bis zum 08.11.13:

Keine Gegenrede

Damit ist der Antrag in die schriftliche Abstimmung überwiesen.

10

3b Antrag 13/083 Aufhebung der Unterstützung der AGen durch den Studentenrat

Antragssteller: Matthias Zagermann

Antragstext: Der Studentenrat möge die Unterstützung der AGen AG Integrale, AG

15 Schlau, der AG Teilzeit und der AG DSN mit sofortiger Wirkung beenden.

Begründung:

Die aktuell bekannten Arbeitsgemeinschaften erfüllen nicht die Voraussetzungen für eine Unterstützung durch den Studentenrat:

20 - Sie bestehen nicht ausschließlich aus Mitgliedern der Studentenschaft, sondern auch aus sonstigen Personen wie beispielsweise Personen ohne Studentenstatus.

- Sie haben die Zustimmung anderer Studentenschaften nicht glaubhaft gemacht.

25 Auf der Sitzung des Studentenrates vom 26.09.2013 haben die Vertreter der Geschäftsführung und der Sitzungsleitung ordnungsgemäß die Auslegung des § 28 GrO Studentenschaft (Arbeitsgemeinschaften) interpretiert sowie die bisherige Praxis als Fehlinterpretation von § 28 GrO durch vorhergehende ordnungsauslegende Organe der Studentenschaft erklärt. Dieser Interpretation folgend muss der Studentenrat daher die Unterstützung der genannten AGen aufheben, um nicht ordnungswidrig zu handeln. Insbesondere stand hier der Absatz 1 und Absatz 8 zur Diskussion: "Eine Arbeitsgemeinschaft (AG) ist ein durch den StuRa bestätigter und unterstützter Zusammenschluss von Mitgliedern der Studentenschaft, der innerhalb der Aufgaben gemäß § 74 Abs. 3 SächsHG arbeitet." "Einer AG kann entgegen § 2 Abs. 1 Nr. 1 dieser Grundordnung gestattet werden, ihren Arbeitsbereich auch auf andere Hochschulen auszudehnen, wenn die Studentenschaft der entsprechenden Hochschule zustimmt."

30 Der Auslegung der Grundordnung vom 26.09.2013 im Rahmen Lesungen des Antrages 13/080 zufolge müssen die Mitglieder der AG ausschließlich Mitglieder der Studentenschaft sein, und können unter Voraussetzung der in Absatz 8 gestellten Voraussetzungen auch andere Studentenschaften mit einbeziehen. Diese deckt sich auch mit der Motivation des Antrages Nr. 13/080. Demzufolge ist den im Antragstext genannten Arbeitsgemeinschaften Arbeitsgemeinschaften nach aktuell geltender Grundordnung die Unterstützung zu versagen, da sie nicht die in der Grundordnung formulierten Bedingungen erfüllen. Sollte dieser Antrag vom Plenum abgelehnt werden, so empfehle ich den

35 ordnungsauslegenden Organen, die Aufrechterhaltung ihrer Interpretation des § 28 GrO vom

40 26.09.2013 nochmals zu prüfen.

Diskussion/Nachfragen:

GO-Antrag auf Nichtbefassung des Antrages von Felix Walter:

45 **Begründung:** Das wir unsere AGs nicht mehr unterstützen kann keiner wollen und der vorherige Antrag entscheidet darüber und damit ist der Antrag überflüssig.

Grzegorz Lepich: Antrag bezieht sich nicht auf neue Fassung, sondern auf die alte Ordnung. Dies wird auch nochmal im Antrag betont.

50 Die Aberkennung allerdings kann wirklich nicht gewollt sein.

Abstimmung:

Der GO-Antrag ist nicht angenommen.

Matthias Zagermann: Es bezieht sich in der Tat auf die aktuelle Ordnung. Wenn man der Ordnung folge leistet, müssen die AGs aberkannt werden.

5 Felix Walter: Dieses Problem zwischen AG und unserer Ordnung existiert in der Tat.

Matthias Zagermann: Wenn der Antrag (13/080) angenommen wird, müssen wir die AGs den Status trotzdem aberkennen.

10 Elisabeth Brier: Wäre es nicht möglich, eine Einzelfallentscheidung zu den einzelnen AGs zu machen? Oder geht es um die bestehenden AGs?

Matthias Zagermann: Es geht um die bestehenden AGs und Ordnungen.

15 Grzegorz Leoich: Die aktuelle Ordnung gibt da nicht viel Spielraum, oder?

Felix Walter: Abs. 8 in der alten Formulierung hat es ermöglicht, dass Nicht-Mitglieder Mitglied in der AG sein können.

Wenn seine Deutung der Ordnung falsch ist, soll man dem Antrag 13/080 ablehnen.

20 Thomas Mehlberg: Es mag formal richtig sein die Unterstützung zurück zu ziehen aber menschlich ist es nicht richtig.

Matthias Zagermann: Stimmt dem zu. 23 Jahre ging das aber jetzt auf einmal nicht mehr.

25 Felix Walter: Wollte es nur schöner formulieren. Sieht die Diskussion als überflüssig.

GO-Antrag auf Vertagung des Punktes um 2 Sitzungen von Grzegorz Lepich:

Begründung: Es sollte gewartet werden, bis die schriftliche Abstimmung vorbei ist.

30 **Keine Gegenrede.**

Damit ist der Antrag um 2 Sitzungen vertagt.

4 Geschlossene Sitzung

35 Die Sitzung wird um 21:09 geschlossen.

Die Sitzung wird um 21:45 wieder geöffnet.

40 **4a Antrag 13/045 Änderung der Wahlordnung 3. Lesung**

Antragsteller: Tobias Wehler (FSR Verkehr)

Antragstext: "Der Studentenrat möge beschließen, in der Wahlordnung § 21 Abs. 2 Satz 3 zu streichen."

45 Es geht die Übersicht über den Antrag herum, Außerdem sind Statistiken und Rückmeldungen angehängt.

David Färber: Jessica hat die Statistiken ausgewertet. Es ist zu sehen, dass die Quote wirkungslos ist und mehr Probleme bereitet als Nutzen.

50 Die hohe Anwesenheit der Frauen auch der Frauenanteil bei den GFs, ist nicht der Quote zuzuführen.

Matthias Zagermann: Lob für den Aufwand.

Johanna Kruner: Das Argument der GF Frauen zählt nicht, da die Geschäftsführerinnen aus Fachbereichen kommen in denen Frauen die Mehrheit sind.

5 **Änderungsantrag von Hans Reuter:** Ergänzung der Wahlordnung: 4. Von 3. kann abgewichen werden, sofern sich innerhalb eines Zeitraumes von mehr als einen Monat nach Freiwerden des Platzes keine Vertreterin des Minderheitengeschlechtes zur Wahl stellt.

Tobias Wehler: Quote ist wirkungslos und da bedarf es keines Zusatzes.

10 Markus Peller: Findet Kompromiss gut.
MINT Fächer haben zu viel Aufwand im Studium, um sich als GF aufstellen zu lassen.

Robin May: Bei Statistiken über lange Zeiträume kann man nicht alle Faktoren einbeziehen. Fürsprache für den Änderungsantrag.

15 Daniel Löbner: Die Quote müsste auch in andere Richtungen (Ausländer etc) gehen.

Matthias Zagermann: Eine Quote ist da sinnvoll, wo es darum geht Geld zu verdienen, aber nicht bei ehrenamtlicher Arbeit.
20 Als nur Männer in der GF waren, wurden Frauen gefordert und es war egal, aus welchem Fachbereich die GFs kamen und als GF vertritt man die Studenten und nicht die Fachschaft.

Tobias Wehler: Fürsprache für Kompromiss. Kann man Änderungsantrag in die schriftliche Abstimmung mitnehmen?

25 Sascha Schramm: Nein. Erst wird über den Änderungsantrag abgestimmt.

Andreas Ellner: Kompromiss wird die FSRe nur dazu verleiten abzuwarten und nicht den Zweck erfüllen, die Quote doch noch zu erfüllen.

30 Hans Reuter: Wenn man die 2/3 Mehrheit erreichen will, sollte der Kompromiss genommen werden. Es geht nicht um die Quotierung der GF, da dort die Anzahl der Posten eine ganz andere ist.

35 Julia Hinners: Man hat wirklich einen vollen Stundenplan und andere Frauen aus dem FSR (Maschinenwesen) sind deshalb sehr ausgelastet.

David Färber: Kompromiss bringt auch nichts und man hat nur mehr Aufwand.

40 Sascha Schramm: Man will doch, dass hier Leute sind die Lust auf die Arbeit haben. Der Kompromiss wird keine Änderung bringen.

Maximillian Bäumler: Für Abschaffung der Quote, aber man kann den Kompromiss durchaus mitgehen, da er ein großes Zugeständnis ist.

45 Robin May: Argument, dass man sich durchmogeln kann zählt nicht, da dies jetzt auch schon geht.

Robert Schädel: Was ist, wenn 1 Monat lang keiner entsendet wird? Wie steht es dann mit der Beschlussfähigkeit?

50 Sascha Schramm: Hat wohl keine Auswirkung.

Felix Walter: Am Anfang ist man dann wohl schwer beschlussfähig.

Felix Walter: Es gibt bis zu 10 B-Sitze, diese würden 2 Sitzungen lang fehlen aber trotzdem in die

Beschlussfähigkeit reinfallen.

Markus Peller: Bei welchen FSRe besteht jetzt noch Klärungsbedarf? Einige FSRe melden sich.

- 5 Maximilian Bäuml: Wenn in der 3. Sitzung jemand keine Zeit hat, verfällt der Sitz dann?

Sascha Schramm: Wenn ein FSR einen B-Sitz entsendet und dieser fehlen würde, kann man neu entsenden oder sich entschuldigen.

- 10 Der Änderungsantrag (Kompromiss) wird übernommen.

GO-Antrag auf schriftliche Abstimmung bis in 3 Wochen.

Keine Gegenrede.

Damit wird über den Antrag schriftlich abgestimmt.

- 15 **Arbeitsauftrag:** Antrag und Änderungsantrag an die FSRe rumschicken.

5 Antrag 13/082 Beitragsordnungsänderung 3. Lesung

Antragsteller: Felix Walter

- 20 **Antragstext:** Der StuRa möge beschließen die Beitragsordnung wie folgt zu ändern:

Ersetze: ALLE „Studentenjahresticket“ durch „Studententicket“

Streiche: § 2 Abs. 2, § 4 Abs. 8, § 5 Abs. 2

- 25 Ändere in: § 2 Abs. 1 Pkt. 3: Für das Studententicket 166,20 Euro pro Semester.
 § 4 Abs. 6: Anträge nach Abs. 2 Nr. 1 bis 7, die nach dem 28.02. für das laufende Wintersemester bzw. nach dem 31.08. für das laufende Sommersemester eintreffen, sind abzulehnen. ²Bei Verlust des Studentenausweises erfolgt keine Rückerstattung.
- 30

Diskussion/Nachfragen:

- 35 Felix Walter: Die Beitragsordnung wurde, wie bereits bekannt, abgelehnt. Grund ist das Studentenjahresticket. Diese überarbeitete Version mit Synopse stellt Variante dar, mit dem das Rektorat leben könnte. Bitte, die Änderung zu beschliessen.

Robert Schädel: Können die Betriebe damit leben?

Felix Walter: Sie können.

- 40 **GO-Antrag auf Vertagung in 4 Wochen.**

Begründung: Da die Betriebe die Zusatzvereinbarung nicht unterschreiben wollen und wir weiterhin verhandeln, gibt es keine Grundlage die Beitragsordnung jetzt zu beschliessen.

- 45 **Formale Gegenrede.**

Der Antrag auf Vertagung wird angenommen.

5a Antrag 13/090 Verlängerung der Unterstützung der Projektgruppe 13.02

Antragsteller: Robin May

- 50 **Antragstext:** Hiermit beantrage ich die Anerkennung der Projektgruppe 1302 bis zum 31.10.2014 zu verlängern.

Keine Gegenrede.

Damit wird die Projektgruppe weiterhin unterstützt.

6 Antrag 13/078 Grundordnungsänderung §29 Abs. 1 – Ergänzungsordnungen und Richtlinien, 1. + 2. Lesung

Antragsteller: Felix Walter

Antragstext: Der StuRa möge beschließen den § 29 Abs. 1 der Grundordnung wie folgt zu ergänzen:

(1) [...]

5. Die AE- Ordnung der Studentenschaften

6. Die Mitgliedschaftsordnung der Studentenschaft

Begründung:

Diese Ordnungen sind in ihrer derzeitigen Form noch sehr neu und die Notwendigkeit der Einbindung in § 29 Abs. 1 der Grundordnung wurde meiner Ansicht nach bei der Einführung dieser Ordnungen übersehen.

Diskussion/Nachfragen:

1. Lesung

Antrag auf Überweisung in die 2. lesung.

Keine Gegenrede.

Damit ist der Antrag in die 2. Lesung überwiesen.

2. Lesung

Änderungsantrag von Felix Walter: §29 Abs.1 Wahlordnung als 7.

Begründung: Weil es eine Ordnung ist, die eine 2/3 Mehrheit erfordern sollte.

Antrag auf Überweisung in die 3. Lesung

Keine Gegenrede.

Damit ist der Antrag in die 3. Lesung überwiesen.

7 AE-Ordnungsänderung 13/079 §2 – AE-Berechtigte, 1. + 2. Lesung

Antragsteller: Felix Walter

Antragstext: Der StuRa möge beschließen den § 2 der AE- Ordnung wie folgt zu ändern:

(1) AEs können beantragt werden durch

Referatsmitarbeiterinnen,

Referentinnen,

Geschäftsführerinnen,

Sportobleute,

Ausschussmitarbeiterinnen, falls dies bei der Einrichtung des Ausschusses so geregelt wurde,

Mitglieder des Sitzungsvorstandes.

(2) AEs können weiterhin durch Mitarbeiterinnen von Projekten des StuRas beantragt werden, sofern dafür ein Finanzrahmen beschlossen wurde, bzw. im Rahmen eines zum Projekt gehörenden Finanzantrages, welcher beschlossen wurde, ein entsprechender Posten vorgesehen ist. Die

Beantragung und Bewilligung von AEs für Projektmitarbeiterinnen erfolgt darüber hinaus gemäß den Regelungen dieser Ordnung.

Begründung:

Projektmitarbeiterinnen sollen weiterhin AEs bekommen, allerdings ist für die Geschäftsführung nur schwer nachvollziehbar, welcher Aufwand den einzelnen Mitarbeiterinnen konkret entstanden ist.

Weiterhin müssen Projektmitarbeiterinnen dem Plenum lediglich verkündet werden, das Plenum hat an dieser Stelle also faktisch keine Kontrollmöglichkeit.

AEs für Projektmitarbeiterinnen machen die entsprechenden Projekte deutlich teurer. Daher wünsche

ich, dass AEs für Projektmitarbeiterinnen dem Plenum BEVOR die entsprechenden AE- Anträge gestellt werden, bereits bekannt sein sollten.

Das fclr als Beispiel: Nimmt man den vom StuRa beschlossenen Finanzrahmen mit 100 % an und rechnet die für das Projekt bewilligten AEs hinzu, erhöhen sich die IST-Ausgaben auf über 160 % des vom StuRa ursprünglich für das Projekt beschlossenen Finanzrahmens.

Diskussion/Nachfragen:

1. Lesung

Hans Reuter: Die AE-Regelung, so wie sie ist, ist sinnvoll und Neuregelung ist nicht nötig. Projekte waren dafür gedacht, ohne großen Aufwand, Leute in die StuRa Arbeit zu integrieren.

Felix Walter: Es wird nichts komplizierter. Die Kontrollmöglichkeit über die Leute von Projekten in der GF ist relativ schlecht. AEs bilden realer ab, was Projekte kosten.

Matthias Zagermann: Es war ursprünglich mit der alten Ordnung Konsens, dass AEs in Projektplanung möglich ist. Deswegen die Empfehlung nicht in die 2. Lesung zu überweisen.

Antrag auf Überweisung in die 2. Lesung

Formale Gegenrede

Abstimmung: 12/3/7

Damit ist der Antrag in die 2. Lesung überwiesen.

2. Lesung:

Hans Reuter: Fehlende Kontrollmöglichkeit nicht ganz eindeutig. Wenn ein Projekt aus dem Ruder läuft, kann der StuRa da eingreifen. Es existiert eine Kontrollmöglichkeit und man kann schon jetzt Rahmen setzen. Der StuRa sollte sich nicht in seinen Freiheiten beschneiden. Man kann nicht vorher wissen, wie hoch der Aufwand ist.

Matthias Zagermann: Der StuRa kann vor einem Projekt die Anzahl der Beteiligten begrenzen und darüber die Geldwerte begrenzen.

Enrico Pfau: Kontrollmöglichkeit ist auch jetzt bei vielen AEs nicht geleistet.

GO Antrag auf einmalige Richtigstellung:

Der StuRa kann durchaus kontrollieren. Und zwar durch nicht Beschliessen von AEs und nicht Entsendung.

Felix Walter: Konkretes Problem. In der GF Sitzung saß man oft über hohen Summen für AEs und es war nicht nachvollziehbar, ob die Summe gerechtfertigt ist oder nicht. Es wurde oft Kontakt zu den Leuten aufgenommen und Rücksprache gehalten.

Als GF Finanzer will man sehen, wie viel Geld fließt. Aus Übersichtsgründen, will man vorher wissen, wie viel Geld fließen wird.

Robin May: Manche Projekte haben geringe Kosten aber hohe AEs und werden deshalb nicht genehmigt.

GO Antrag auf Verlängerung der Sitzungszeit um 1 Stunde

Keine Gegenrede.

Damit ist die Sitzung um 1 Stunde verlängert.

Robert Schädel: Fürsprache für Felix. Kontrolle von Ausgaben durchaus gewünscht.

Andreas Ellner: Es ist legitim, dass die Materialkosten gering sind aber die Personalkosten hoch. Die Kosten entstehen halt.

Robin May: Es ist schwierig den Arbeitsaufwand vorher einzuschätzen.

5

Robert Schädel: Es schreckt eher ab, wenn man bei Projekten immer nachfinanzieren muss und es ist schwer einzuschätzen, wer wie viel gearbeitet hat.

10

Hans Reuter: Kontrollmöglichkeit besteht über den Beschluss der AEs. In den Projekten kann dahingehend kommuniziert werden. Es bedarf also keiner zusätzlichen Kontrollmöglichkeit. Projekte sind schon genug begrenzt.

Robin May: Bei AEs kann man nie genau einschätzen, wie viel Arbeit geleistet wurde.

15

Felix Walter: Das Problem ist: Wie oft werden AEs vom Plenum abgelehnt oder gekürzt?

Robert Schädel: Mit dem Geld kommt auch die Verpflichtung, damit sorgsam umzugehen.

20

Robin May: das Plenum ist unkritisch bei AEs, weil es den Arbeitsaufwand selber nicht einschätzen kann.

Markus Peller: Aus diesem Grund ist es nicht schlecht ein wenig Transparenz einzuführen.

25

Enrico Pfau: Es gibt verschiedene Projekte und es ist schwer einzuschätzen, wie hoch der Aufwand wird. Man kann bei keiner AE Planungssicherheit einbringen.

**GO-Antrag auf Schluss der Redeliste
Keine Gegenrede.
Damit ist die Redeliste geschlossen.**

30

Liane Drößler: Das Argument der Planungssicherheit ist nachvollziehbar. Aber hat man als Plenum eine Grundlage AEs abzulehnen oder zu kürzen?
Wer entscheidet, wie viel und bei welchen Mitglied des Projektes gekürzt wird.

35

Felix Walter: Gleichverteilt auf alle bis der Topf leer ist.

Matthias Zagermann: Zuspruch. Macht die Arbeit des Finanzers leichter und auch die Arbeit des Projektleiters.

40

**GO-Antrag auf Überweisung in die 3. Lesung.
Formale Gegenrede
Abstimmung: 16 Ja-Stimmen
Damit ist der Antrag in die 3. Lesung überwiesen.**

45

GO-Antrag auf Abweichung von der Tagesordnung: Finanzantrag 13/089 Referat für politische Bildung für die Vortragsreihe zu Gesellschaftskritik und Psychoanalyse auf 7a

7a Finanzantrag 13/089 Referat für politische Bildung für die Vortrags -reihe zu Gesellschaftskritik und Psychoanalyse

50

Antragsstellerin: Lena Werner
Antragstext: Für die vom 02. - 19.12. 2013 geplante Vortragsreihe zu Gesellschaftskritik und Psychoanalyse beantragt das Referat für politische Bildung 1187,30€ für ReferentInnenhonorare, Fahrtkosten, Übernachtungen und Werbematerial.

Begründung:

Die Psychoanalyse Sigmund Freuds wird an der TU Dresden weder auf dem Gebiet der Psychologie, noch auf jenem der Sozialwissenschaften ausführlich gelehrt. Da sie aber nicht unwesentlich zum Verständnis von gesellschaftlichen Phänomenen, beispielsweise Massendynamiken oder

- 5 Antisemitismus beigetragen hat, und außerdem immer wieder als probates Mittel der Kritik solcher Begebenheiten genutzt wurde, halten wir eine Beschäftigung mit den Erkenntnissen der Psychoanalyse als gesellschaftskritische Perspektive für relevant. Das Referat für politische Bildung möchte den Studierenden der TU Dresden damit die Möglichkeit bieten, sich mit der Frage, ob psychoanalytische Kenntnisse noch relevant für eine kritische Auseinandersetzung mit aktuellen politischen und
- 10 gesellschaftlichen Geschehnissen sind, auseinanderzusetzen.

Diskussion/Nachfragen:

Felix Walter: Fürsprache.

Änderungsantrag auf 1250€ von Felix

15

Wird übernommen.

Robin May: Warum im Dezember?

- 20 Lena Werner: So war einfach die Zeitplanung.

Robin May: Dezember bietet sich nicht an um so etwas zu planen, da viele andere Sachen laufen.

- 25 Robert Schädel: Findet den Antrag unterstützenswert. Mit mehr Werbung kann man auf jeden Fall einige Psychologie-Studenten gewinnen.

Robin May: Wurden schon Sachen bezahlt?

Lena Werner: Nein.

- 30 Malte Lahme: Wird der Sozialpädagoge kommen?

Lena Werner: Ja.

Keine Gegenrede.

- 35 **Damit ist der Antrag angenommen.**

8 Antrag 13/085 – Nachtragshaushalt HH 13/14, 1. + 2. Lesung

Antragsteller: Felix Walter

Antragstext: Der StuRa möge den vorgelegten Nachtragshaushalt beschließen.

40

Diskussion/Nachfragen:

1. Lesung:

Antrag auf Überweisung in die 2. Lesung.

Keine Gegenrede.

- 45 **Damit ist der Antrag in die 2. Lesung überwiesen.**

2. Lesung:

Sascha Voigt: Die Differenzen des Haushaltes passen nicht zueinander.

- 50 Felix Walter: Auch aufgefallen.

Robin May: Wurde der GF-Personal auch mit eingeplant?

Matthias Zagermann: Schlägt vor, dass man dafür einen neuen Topf einrichtet.

Robert Schädel: Hat den Fehler in den Differenzen gefunden.

5 Matthias Zagermann: Sind die Gelder für neue Bücher mit eingerechnet?

Felix Walter: Nein

10 **Änderungsantrag von Matthias: Konto 311 um 100€ auf 12900€ verringern und Konto 4940 um 100€ auf 343€ erhöhen.**

Wird übernommen.

Antrag auf Überweisung in die 3. Lesung.

15 **Keine Gegenrede.**

Damit ist der Antrag in die 3. Lesung überwiesen.

9 Antrag 13/087 Änderung der Mitgliedschaftsordnung § 2 Abs. 3 und § 3 Abs. 2, 3. Lesung

20 **Antragsteller:** Felix Walter

Antragstext: Der StuRa möge beschließen die §§ 2 Abs. 3 und 3 Abs. 2 wie folgt zu ändern:

ALT:

25 § 2 (3) Der Austritt ist schriftlich durch das Austrittsformular gegenüber dem Studentenrat zu erklären.

§ 3 (2) Der Eintritt ist schriftlich durch das Eintrittsformular gegenüber dem Studentenrat zu erklären.

NEU:

30 § 2 (3) Der Austritt ist schriftlich durch das Austrittsformular unter Vorlage einer für das laufende Semester gültigen Immatrikulationsbescheinigung und einer Kopie eines gültigen Personaldokuments (Personalausweis oder Reisepass) gegenüber dem Studentenrat zu erklären.

35 § 3 (2) Der Eintritt ist schriftlich durch das Eintrittsformular unter Vorlage einer für das laufende Semester gültigen Immatrikulationsbescheinigung und einer Kopie eines gültigen Personaldokuments (Personalausweis oder Reisepass) gegenüber dem Studentenrat zu erklären.

Begründung:

40 Bisher gibt es keine rechtliche Grundlage für die mit dem Imma-Amt abgesprochene Handhabung, dass dem Austritt eine Imma- Bescheinigung und die Kopie eines Personaldokumentes beizulegen sind.

Diskussion/Nachfragen:

1. Lesung:

45 **Antrag auf Überweisung in die 2. Lesung.**

Keine Gegenrede.

Damit ist der Antrag in die 2. Lesung überwiesen.

2. Lesung:

50 Robin May: Es ist illegal einen Personalausweis zu kopieren.

Matthias Zagermann: Das ist nur bei nicht rechtlichen Vorgängen so.

Michael Iwanow: Was passiert, wenn ein Student sich verweigert zu uns zu kommen und die Formalia

zu regeln?

Matthias Zagermann: Das Hochschulgesetz regelt auch, dass wir eigene Angelegenheiten selbst durch Ordnungen regeln können, an die sich die Mitglieder halten müssen.

Michael Iwanow: Warum kann man den Personalausweis nicht einfach vorlegen und nicht kopieren?

Felix Walter: Wenn man den Personalausweis nicht vorlegen muss, kann man sich als jemand anderes ausgeben. Das Imma-Amt braucht die Kopie und das wir ihn kopieren, ist mit dem Datenschutzbeauftragten der Uni abgesprochen.

Sascha Schramm: Frau Klaus hat das bisher nicht anders geregelt.

Matthias Zagermann: Wenn sich jemand weigert, muss derjenige noch mehr rumrennen. Wir müssen die Identität feststellen.

Robin May: Wird rausfinden wie die gesetzliche Lage ist.

Thomas Mehlberg: Wenn das Imma-Amt die Kopie braucht, gibt es ja keine andere Möglichkeit, als ihn zu kopieren.

**Antrag auf Überweisung in die 3. Lesung.
Keine Gegenrede.
Damit ist der Antrag in die 3. Lesung überwiesen.**

10 Finanzantrag 13/088 NAS

Antragssteller: Matthias Zagermann

Antragstext: Für eine regelmäßige Sicherung der virtuellen Maschinen der physikalischen Server möge der Studentenrat die Beschaffung eines Netzwerk-Speichers 1940 € genehmigen.

Geplant ist ein monatliches Vollbackup der VMs inkl. Snapshots und der Konfigurationen. Aktuell existiert keine Möglichkeit für ein Systembackup.

Begründung und Anmerkungen:

Es werden konkurrierend drei Varianten zu dieser Thematik vorgestellt. Sie unterscheiden sich in der Kapazität der verwendeten Festplatten unter Beachtung der oben genannten Anforderung. Ich bitte die Sitzungsleitung, nach der grundsätzlichen Debatte und vor der Behandlung des Finanzantrages die Variante mit dem höchsten Zuspruch mittels Meinungsbild auszuwählen (die Antragssumme ist dann dementsprechend anzupassen).

Variante ; Kosten ; Brutto ; Netto RAID 5 ; Netto RAID 6

V1 – 2 TB HDDs ; 1.430 € ; 12 TB ; 10 TB ; 8 TB

V2 – 3 TB HDDs ; 1.640 € ; 18 TB ; 15 TB ; 12 TB

V3 – 4 TB HDDs ; 1.940 € ; 24 TB ; 20 TB ; 16 TB

Höhere Kapazitäten ermöglichen eine zusätzliche Versionierung der Backups oder anderweitige Verwendungsmöglichkeiten (z.B. der Bereitstellung von archivierten Datenträger).

Diskussion/Nachfragen:

David Färber: Sind die Varianten für ein schnelleres Backup gedacht und gäbe es auch andere Möglichkeiten?

Matthias Zagermann: Blue-Ray gingen auch, dauern aber viel länger.

Sascha Schramm: Fragt Matthias, was er als Experte vorschlägt?

5 Matthias Zagermann: Am sinnvollsten ist eine maximale Ausstattung, da sich eine nachträgliche Änderung einer RAID-Konfiguration laufenden Betrieb vom praktischen Aspekt schwer bis gar nicht realisierbar ist.

Enrico Pfau: Ist der Nachtragshaushalt schon für diese Finanzierung geändert wurden?

10 Matthias Zagermann: Die Lizenzen für Programme sind noch nicht alle bezahlt, dadurch ist noch Geld übrig.

Andreas Ellner: Es existiert bisher kein System, das ein Backup erstellt? - Nein
Bisher gab es auch noch keine Probleme, oder?

15 Matthias Zagermann: Ein Back-Up einzurichten, wenn es zu spät ist, ist schlecht. Es auf dieser Basis wieder herzustellen wäre viel zu aufwendig.

Matthias Zagermann: Es gibt verschiedene Back-Up Stufen und verschiedene Probleme zu beachten. Das System stellt auf einem Rechner einen Ersatzfestplatte zur Verfügung.

20 **Keine Gegenrede.**
Damit ist der Antrag angenommen.

25 **11a INI-Antrag 13/091 Reisekosten Konferenz kritische Theorie**

Antragstellerin: Johanna Kruner

Antragstext: Das Plenum möge die 110€ beschließen.

Begründung:

30 Johanna Kruner: Es ist schon länger im Gespräch, eine Vorlesungsreihe zu gesellschaftlichen Engagement abzuhalten. Die Konferenz könnte hier entscheidende Anregungen geben.

60€ Fahrtkosten insgesamt belaufen sich die Kosten auf 110€.

35 Sascha Schramm: Ist es getattet mit dem ICE zu fahren?

Felix Walter: Es ist IC gemeint und ja, es ist zulässig.

Andreas Ellner: Hast du darüber nachgedacht, Bus zu fahren?

40 Johanna Kruner: Auf dem Rückweg könnte man darüber nachdenken, aber hinwärts ist es, aus Zeitgründen, nicht möglich.

Markus Peller: Was genau ist diese Konferenz?

45 Johanna Kruner: Es ist eine Konferenz zu diesem Thema, bei der sich die Leute austauschen können. Und es ist etwas ähnliches an der TU geplant was auf die Studierendenschaft zugeschnitten ist.

Michael Grauert: Sollen noch weitere mitgehen?

50 Johanna Kruner: Ist nicht notwendig.

Keine Gegenrede.
Damit ist der Antrag angenommen.

11b INI-Antrag 13/092 Reisekosten zur Tagung Bildung vs Ausbildung

Antragstellerin: Johanna Kruner

Antragstext: Das Plenum möge die 135€ beschließen.

5

Begründung:

Johanna Kruner: 60€ Fahrtkosten 75€ Tagungskostenpauschale, die Tagungskosten stehen noch nicht fest.

10

Liane Drößler: Wann und Wo findet das statt?

Johanna Kruner: In Berlin vom 06.-08.12.13

15

Keine Gegenrede.

Damit ist der Antrag angenommen.

12 Sonstiges

20 Grzegorz Lepich.: Weißt nochmal auf die Akademika JobMesse hin.

Unterschriften:

25

.....
Versammlungsleiter

30

.....
Protokollant

35

40

45

50

Datum	24.10.13		Zu Schluss Autofilter benutzen: Alle X auswählen			
Anwesenheitsliste der Studentenratssitzung vom 24. Oktober 2013						
Sitzungsleiterin: Sascha Schramm			Protokollant: Marius Walther			
Fachschaft	Sitze	Art	Amt	Name, Vorname	Status	Unterschrift
Architektur	1	A		Heermann, Sabina	Anwesend	
Bauingenieurwesen	1	A		Roscher, Jonathan	ruht	
Berufspädagogik	1	A		Schwarz, Christian	Entschuldigt	
Biologie	1	A		Funke, Matthias	Anwesend	
Chemie	1	A		Voigt, Sascha	Anwesend	
Elektrotechnik	2	A		Peller, Markus	Anwesend	
		B		Kunze, Anja	Entschuldigt	
Forstwissenschaften	1	A		Weiß, Dennis	Unentschuldigt	
				Brier, Elisabeth	Anwesend	
Geowissenschaften	1	A		Reinhardt, Bastian	Anwesend	
ABS	2	B		Ellner, Andreas	Anwesend	
		C	Finanzen	Walter, Felix	Anwesend	
		A		Meißner, Nicole	Anwesend	
IHI Zittau	1	C	Öffentlichkeit	Volkman, Janin	Anwesend	
		A		Bulcsu, Andreas	Entschuldigt	
				Schramm, Sascha	Anwesend	
Informatik	2	A		Schädel, Robert	Anwesend	
		B		Al-Kassab, Nadia	Anwesend	
Jura	1	A		May, Robin	Anwesend	
Maschinenwesen	4	A		Bäumler, Maximilian	Anwesend	
		B		Hinners, Julia	Anwesend	
		C	HoPo	Spranger, Andreas	Entschuldigt	
		B		Löbner, Daniel	Anwesend	
		B		Meißner, Claudia	Anwesend	
Mathematik	1	A		Hübner, Romy	Anwesend	
Medizin	2	A		Neumann, Franziska	Unentschuldigt	
		B		Schultheiß, Timo	Entschuldigt	
Philosophie	1	A		Pfau, Enrico	Anwesend	
Physik	1	A		Lepich, Grzegorz	Anwesend	
Psychologie	1	A		Georges, Robert	Anwesend	
Sozialpädagogik/EW	1	C	Soziales	Rupf, Jessica	Anwesend	
		A		Lahme, Malte	Anwesend	
SpraLiKuWi	2	B		Soyk, Christian	Entschuldigt	
		C	LuSt	Kruner, Johanna	Anwesend	
		A		Drößler, Liane	Anwesend	
Verkehrswissenschaften	2	A		Wehler, Tobias	Anwesend	
		B		Otto, Lena	Entschuldigt	
Hydrowissenschaften	1	A		Iwanow, Michael	Anwesend	
Wirtschaftswissenschaften	2	A		Wittekind, Regula	Anwesend	
		B		Färber, David	Anwesend	
	Entsandte	GF			ruhende Sitze	Anzahl Vertreter im Plenum
Summe	33	5			-1	37

Für die Sitzung durch Anträge, Berichte oder Wahlen/Entsendungen relevante Gäste:

- Glanz, Philipp
- Grauert, Michael
- Le, Lan Huong
- Rückert, Janna
- Schröder, Alexandra
- Werner, Lena
- Zagermann, Matthias

5

10

15

20

25

30

35

40

45

50

2. Berichte und Protokolle

Protokoll der GF-Sitzung vom 22.10.2013

Anwesende: Jessica Rupf (GF Soziales), Felix Walter (GF Finanzen), Janin Volkmann (GF Öffentlichkeitsarbeit), Johanna Krüner (GF Lehre und Studium), Andreas Spranger (GF Hochschulpolitik)

Gäste: Stefan Taubner, Richard Heimann, Stanislaw Bondarew

Protokoll: Andreas Spranger

Beginn: 18:29 Uhr

Ende: 19:10 Uhr

Tagesordnungspunkte/ Themen	Verantwortlich
<p>1. Pressemitteilung Akademikerball Stefan schickte eine Pressemitteilung zum Akademikerball an die GF und verliest diese noch einmal in versammelter Runde. Stefan erläutert noch einmal den Sachverhalt des letzten Jahres. Sämtliche angestrebte juristische verfahren gegen Menschen, welche sich kritisch gegenüber dem Akademikerball 2012 begonnen wurden, sind eingestellt wurden. Andreas gibt ein paar Tipps. Zudem wird von ihm angemerkt, dass die PM zu lang ist. Felix meint, dass es als Stellungnahme denn als PM genutzt werden sollte. Die Länge des Textes verleitet zum Kürzen und damit zu missdeuten dessen, was eigentlich gewollt ist. Janin schlägt vor, dass eine kurze PM geschrieben würde, was Jessica komplettiert, dass beides eine Stellungnahme zeitgleich zur PM veröffentlicht würde. Stefan gibt sich damit zufrieden und bietet an, dass bis zum morgigen Tag um 12:00 Uhr die PM an die Gf gesandt wird und diese ein OK gibt.</p> <p>2. LSR-Sitzung Johanna berichtet aus der vergangen Sitzung des Landessprecherinnenrates der KSS. Die Sitzungen haben keinen konstruktiven Sinn mehr. Die Arbeitsfähigkeit des Gremiums ist nicht mehr garantiert, obwohl die letzte Sitzung doch mal beschlussfähig war. Wenn es so weiter geht, sollten über Konsequenzen nachgedacht werden. Auf der kommenden Stura-Sitzung wird es einen ausführlichen Bericht geben.</p> <p>3. Herr Neitzke und die Anfrage zum FSR-Verteiler Herr Neitzke hat an Stura@ geschrieben und nach der FSR-Verteilerordnung gefragt. Er selber hat keine Ordnung. Johanna fragte schon bei Ullrich Gebler an, ob dieser die Ordnung habe, obwohl es bekannt ist, dass Frau Schaefer die Ordnung eigentlich schon habe. Die Ordnung ging laut Aussage Ullrichs an Andreas dem Prorektorat schon drei mal zu, weswegen die Muse kaum noch existent ist, diesen Menschen zu helfen. Ullrich wurde von Andreas gebeten, die Ordnung zu suchen. Johanna spricht sich</p>	

<p>dafür aus, dass dem Rektorat ausgeholfen wird.</p> <p>4. Härtefälle GO-Antrag von Johanna auf Vertagung in die nächste Woche formale Gegenrede mit 4/0/1 vertagt</p> <p>5. Fahrtkostenantrag zum DAAD Am 04.11.2013 zu einem Treffen der Stud. Vertreter im Vorstand und kuratorium des DAAD mit der Präsidentin Wintermantel und der Generalsekretärin über das weitere verfahren in den nächsten zwei Jahren. Stan ist ja im Kuratorium ab dem 01.01.2014 für zwei Jahre, dadurch dass er nun noch nicht im DAAD aktiv ist, kann dieser auch noch nicht die Fahrtkosten übernehmen. Dafür stellt er einen Antrag in Höhe von 130 Euro. Das Treffen ist 15:00 Uhr weswegen er möglicherweise in Bonn übernachten muss. Formale Gegenrede einstimmig angenommen</p> <p>6. Geschlossener Teil</p> <p>7. Sonstiges Andreas berichtet, dass der heutige Termin mit Prof. Schneider CDU ausgefallen ist.</p>	
---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--

Protokoll der GF-Sitzung vom 30.10.2013

<p>Anwesende: Jessica Rupf (GF Soziales), Felix Walter (GF Finanzen), Janin Volkmann (GF Öffentlichkeitsarbeit), Andreas Spranger (GF Hochschulpolitik), Johanna Kruner (GF Lehre und Studium)</p> <p>Gäste: -</p> <p>Protokoll: Felix Walter</p> <p>Beginn: 18:35 Uhr</p> <p>Ende: 19:15 Uhr</p>	
Tagesordnungspunkte/ Themen	Verantwortlich
<p>1. Reisekostenantrag AG SchLaU Die AG SchLaU beantragt für die Teilnahme von zwei Personen am Bundestreffen der schwulen Hochschulreferate und -gruppen nahe Göttingen 340,40 €. Darin enthalten sind Reisekosten mit der Deutschen Bahn + Nahverkehr vor Ort (260,40 €) sowie die Teilnahmegebühren (ermäßigt: 40,- € p.P.). Das Treffen findet vom 28.11. - 01.12.2013 statt. Der GF HoPo hält eine Fahrt von mehr als 2 Stunden in einem RE an Pendlertagen für unzumutbar. Da von den Antragstellern niemand da ist, wird aber keine Änderung angestrebt. Ohne Gegenrede beschlossen.</p>	GF HoPo, GF LuSt

<p>2. Reisekostenantrag DAAD</p>	GF LuSt
<p>Stanislaw beantragt 130,- € für seine Teilnahme an der Gesprächsrunde des DAAD-Vorstandes in Bonn. Davon entfallen 110,- € auf Fahrtkosten, sowie 20,- € auf eine Übernachtung. Die Reise geht vom 04. - 05.11.2013. Der Antrag wurde von Stanislaw bereits auf der letzten GF- Sitzung (noch ohne Summe) vorgestellt. Ohne Gegenrede beschlossen.</p>	GF LuSt
<p>3. FA Telefone</p>	GF Finanzen
<p>Inzwischen wurde von mehreren Seiten der StuRa- Exekutive der Wunsch nach neuen Telefonen geäußert. Insbesondere geht es dabei um ein Display mit Rufnummernanzeige und schnurungebundene Telefone. Die alten sollen dafür ausgemustert werden. Für die Anschaffung von 7-8 Telefonen beantragt der GF Finanzen 250,- € (Stückpreis max. 35,- €). GF HoPo: Sollten es doch schnurgebundene Telefone werden, sollen (wo noch nicht vorhanden) Telefonarme zusätzlich erworben werden. GF LuSt befürchtet, dass sie auf die Idee kommen könnte, die Telefone in der Baracke zu vertauschen. GF HoPo schlägt vor, die Rektorspende dafür zu verwenden. GF Finanzen: In dem Fall müsste der Antrag in das Plenum gehen. Im aktuellen Finanzrahmen würde die Rektorspende in etwa zu einem Drittel ausgeschöpft werden. GF HoPo: Wir können dennoch die Summe beschließen. Ob es dann von unseren Konten abgeht oder von der Rektorspende, kann das Plenum entscheiden. ÄA vom GF HoPo: Erhöhe Summe auf 300,- Euro. → vom Antragsteller übernommen. So geänderter Antrag ohne Gegenrede übernommen.</p>	GF Finanzen
<p>4. Bericht von der KSS</p>	GF HoPo
<p>Es gab auf der letzten Sitzung der KSS einen AE-Antrag von Diana-Viktoria Menzel in dem sie als Begründung „Schmerzensgeld für die Zusammenarbeit mit dem KSS- Sprecher“ anführt. Die Anweisung der AEs wurde daraufhin von Andreas als Unterschriftsberechtigtem ausgesetzt. Diana wurde von ihm darüber informiert. Daraufhin stellte Diana einen Abwahantrag von Andreas an die KSS. Da Andreas in der KSS aber kein Amtsträger ist, ist eine Abwahl dort nicht möglich. Andreas könnte höchstens die Unterschriftsberechtigung entzogen werden. GF LuSt: Der Ton in der Antragsbegründung und zwischen den in der KSS Engagierten wird dadurch nur schlimmer, damit auch das Arbeitsklima und wir erleben hier eine Rückentwicklung der Kindergartengruppen von den 5-Jährigen hin zu den 2-Jährigen.</p>	GF HoPo
<p>5. Bereinigung der StuRa- E- Mail- Konten</p>	

<p>Nicole Groß und Diana-Victoria Menzel sind keine Studentinnen der TU Dresden mehr. Der GF Finanzen wird beauftragt sie mit Fristsetzung zu bitten ihre Angelegenheiten, die noch über die E-Mail-Adressen laufen, abschließend zu klären, ehe die E-Mail-Konten geschlossen werden.</p>	GF HoPo
<p>6. Sitzung des LSRs an der TU Dresden Der LSR möchte am 23.11. in den Räumlichkeiten des StuRa der TU Dresden tagen. Dies wurde ohne vorherige Rücksprache mit unseren LSR- Vertretern vorgesehen. Andreas und Johanna sind an dem Tag nicht da und können die Baracke nicht aufschließen. Hans Reuter hat ebenfalls keine Zeit und die GF ist nicht gewillt Michael Grauert einen Schlüssel für den StuRa zu überlassen. Somit wird wohl niemand den LSR- Vertretern Zugang zur StuRa-Baracke ermöglichen können...</p>	GF HoPo, GF LuSt
<p>7. Bearbeitung der Härtefälle Der GF Finanzen beantragt Anne Gebhardt die Bearbeitung der Härtefälle mit sofortiger Wirkung zu entziehen. Die Begründung erfolgt in einer geschlossenen, unprotokollierten Personaldebatte. Die Bearbeitung der Härtefälle wird bis auf Weiteres auf Falk Werner übertragen. Die zuständige Geschäftsführerin (Jessica) hat selbstverständlich weiterhin ein Auge auf die Bearbeitung der Härtefälle. Nach formaler Gegenrede mit 4/0/1 beschlossen. Der GF HoPo informiert Anne. Die GF Soziales informiert Frau Lippmann und Frau Klaus sowie Matthias Z. Weiterhin soll die Bewilligung bzw. Ablehnung eines Härtefalls künftig in der geschlossenen GF- Sitzung begründet werden.</p>	GF Finanzen
<p>8. Härtefälle Härtefall BK 377/02/2013: Der GB Soziales empfiehlt die Bewilligung. → Nach Gegenrede mit 0/3/2 abgelehnt. Härtefall BK 378/02/2013: Der GB Soziales empfiehlt die Bewilligung. → Ohne Gegenrede bewilligt. Härtefall BK 379/02/2013: Der GB Soziales empfiehlt die Bewilligung. → Ohne Gegenrede bewilligt. Härtefall BK 380/02/2013: Der GB Soziales empfiehlt die Bewilligung. → Ohne Gegenrede bewilligt. Härtefall BK 381/02/2013: Der GB Soziales empfiehlt die Bewilligung. → Ohne Gegenrede bewilligt. Härtefall BK 376/02/2013: Der GB Soziales empfiehlt die Bewilligung. → Ohne Gegenrede bewilligt. Härtefall BK 382/02/2013: Der GB Soziales gibt keine Empfehlung ab. → Ohne Gegenrede bewilligt.</p>	

9. Sonstiges

-

Protokoll der Förderausschusssitzung vom 21.10.2013

Anwesende: Felix Walter, Matthias Funke**Protokoll: Matthias Funke****Beginn: 17:24****Ende: 17:50**

Tagesordnungspunkte/ Themen	Verantwortlich
<p><u>72. Anerkennung von Leo Club Dresden „August der Starke“ als Hochschulgruppe</u></p> <p>Antragsteller: Frieda Preuß</p> <p>Leo ist die Jugendorganisation von Lions Clubs International mit dem Motto "we serve". Sie steht Jugendlichen im Alter zwischen 18 und 30 Jahren offen. Leos helfen bei sogenannten Activities durch persönlichen Einsatz dort, wo Hilfe benötigt wird. Diese Hilfe erfolgt im Club vor Ort, aber auch auf nationaler und internationaler Ebene. Durch unsere Projekte lernen wir, Verantwortung zu übernehmen und schließen neue Freundschaften in aller Welt. Politisch und konfessionell ungebunden sind wir offen für jedermann und jede Aktion.</p> <p>Das Engagement der Clubs zeigt sich durch verschiedene Activities zum Beispiel in der Organisation von Benefizveranstaltungen für Behinderte, in der Unterstützung von Obdachlosen oder Straßenkindern. Jeder Club verwirklicht seine individuellen Ideen für Hilfsprojekte in der umliegenden Region, womit das Engagement von Leo viele Facetten aufweist.</p> <p>Finanzierung: durch eigene Mitgliedsbeiträge (30€ im Jahr) und Förderung von dem Dachverband</p> <p>Mitglieder: aktuell 16, hauptsächlich Studenten (ca 50% der Mitglieder sind TU-Studenten). Mitgliedschaft ist nur bis 30 Jahre möglich, aber man muss kein Mitglied sein um mitzuwirken.</p> <p>Entscheidungen werden durch den Vorstand getroffen aber generell werden alle Mitglieder im Club demokratisch einbezogen. Alle Vorstandsmitglieder sind Studenten. Leo Club Dresden ist nicht abhängig von der Dachorganisation.</p> <p>Antrag ohne Gegenrede anerkannt.</p>	

73. Finanzantrag von Forst Tharandt

Antragsteller: Frank Tröger

Antragsgegenstand: Forstliches Volleyballturnier in Freiburg

Antragssumme: 840 €

Der FSR Forstwissenschaften fördert diese Veranstaltung mit 200 € (Höchstsatz, den der FSR FoWi für eine Einzelveranstaltung fördert.)

Das Turnier findet am 2./3.11.13 in Freiburg statt. Generell nehmen Vertreter der forstlichen Einrichtungen aus Freiburg, Rottenburg, evtl. München, evtl. der Schweiz sowie Mitarbeiter der Landesdirektionen aus Bayern und Baden-Württemberg teil.

Mittlerweile stehen 7 Teilnehmer der TU Dresden fest. (2 weitere Teilnehmer sind nicht TU-Studenten und wurden daher aus dem Antrag herausgenommen.) Weitere Teilnehmer sind erwünscht und wurden über Aushänge eingeladen.

Die Antragssumme bezieht sich auf die gesamten Ausgaben. Alles was nicht von FSR oder StuRa getragen wird, bezahlen die Teilnehmer dann selber.

Änderungsantrag von Felix Walter:

Der StuRa fördert die Miete für den T5-Bus und die Startgebühr mit einer Summe von insgesamt maximal 300€.

Der Änderungsantrag wurde ohne Gegenrede angenommen.

Der Gesamtantrag wurde ohne Gegenrede angenommen.

Protokoll der Förderausschusssitzung vom 28.10.2013

Anwesende: Matthias Funke, Christian Schwarz, Felix Walter, Enrico Pfau

Protokoll: Enrico Pfau

Beginn: 16:30

Ende: 16:30

Tagesordnungspunkte/ Themen	Verantwortlich
Es lagen keine Antragsteller vor und es waren keine Anträge anwesend.	

--	--

Quartalsbericht Geschäftsbereich Inneres 3/2013

Das 3. Quartal war vorrangig der Prüfungszeit, den Urlaubsphasen und der Beitragsordnungsproblematik geprägt.

5

Finanzen

Zu Beginn des 3. Quartals wurde im Rahmen der Sommeruni wöchentlich eine Grillveranstaltung von der Geschäftsführung durchgeführt. Die Veranstaltungen wurden sehr gut angenommen und es gab ein durchgehend positives Feedback. Der beschlossene Finanzrahmen wurde nach erfolgter Abrechnung zu ca. 40% ausgelastet. Dennoch war die Höhe des Finanzantrages absolut sinnvoll, um einen stetigen Cash-Flow ohne Probleme gewährleisten zu können.

10

Die Finanzen zweier FSRe wurden erfolgreich geprüft, sowie diverse Nachprüfungen durchgeführt. Im Rahmen des Tagesgeschäftes in der vorlesungsfreien Zeit fand aller zwei Wochen eine Förderausschusssitzung statt und ich habe, ebenfalls 14-tägig, eine Sprechzeit angeboten. Darüber hinaus war ich mindestens zweimal pro Woche im StuRa, um Überweisungen anzuweisen und eventuell auftretende Probleme zu klären.

15

Die Monate August und September blieben weitestgehend von „besonderen“ Ereignissen im Sinne der Finanzen oder des Geschäftsbereichs Inneres verschont. Davon ausgenommen ist natürlich die Problematik mit der Beitragsordnung (siehe unten).

20

Zum Ende des Quartals wurde ein Nachtragshaushalt auf Basis der IST- Ausgaben und – Einnahmen zum 31.08. aufgestellt. Der Beschluss ist frühestens im November zu erwarten, da sich aufgrund der nicht beschlussfähigen StuRa- Sitzung vom 29.08. und den vielen Ordnungsänderungsanträgen die Tagesordnung des StuRa- Plenums bekanntlich enorm gewachsen ist.

25

Technik (Auszüge aus den Berichten von Matthias Zagermann)

Es wurde ein Konzept für einen Stura-eigenen Cloudserver ausgearbeitet und realisiert. Für die Vorbereitung der Erneuerung der Webserver wurden verschiedene mögliche Konfigurationen getestet.

30

Es wurden Server-Zertifikate beim ZIH beantragt und in die Infrastruktur integriert. Erste Versuche für die Konfiguration eines SSTP-VPN-Einwahlknoten wurden durchgeführt. Die Dokumentation der Konfiguration der neuen Server und andere Artikel im Wiki wurden ausgebaut. Die Bereitstellung eines SSH-Zuganges wurde mittels verschiedenen Lösungen getestet. Weiterhin wurden verschiedene kostenfreie Grouware-Lösungen getestet, um einerseits mittelfristig den Nutzern eine Kalenderfunktion zur Verfügung zu stellen,

35

andererseits die Ressourcenverwendung (z.B. Materialverleih) und dessen Dokumentation transparenter zu gestalten. Schließlich soll eine Kollaboration mehrerer authentifizierter Nutzer auf ein E-Mail-Postfach ermöglicht werden, idealerweise unter Verwendung der Domain-authentifizierung.

5

Studententicket / Beitragsordnung

Zu Beginn des 3. Quartals schien die Welt in Bezug auf Ticket und BO heil zu sein. Dem Imma-Amt wurden die erfolgten Änderungen, sowie die Regularien zur neuen Austrittsmöglichkeit mitgeteilt. Die letzten formalen Änderungen erfolgten Ende Juli. Keine
10 zwei Wochen später war es vorbei mit der heilen Welt. Wie dem Plenum wohl bekannt ist, ergaben sich (mitten in der Prüfungsphase) dauerhafte Probleme mit dem neuen Studententicket und unserer entsprechenden Beitragsordnungsänderung seitens des Rektorats. Konkret hat die Universitätsleitung auf Anraten der Justiziarin Frau Koch die Bestätigung der geänderten Beitragsordnung abgelehnt. Der entsprechende Bescheid ging dem
15 StuRa Anfang September zu. Unterdessen wurden aber die Beiträge nach der neuen Beitragsordnung erhoben. Im Vorlauf zu dem Bescheid gab es mehrere Treffen zwischen dem Referenten Semesterticket und dem Rektorat bzw. der Justiziarin. Der Hauptgrund für die Ablehnung ist, dass aus der Sicht von Frau Koch ein Studentenjahresticket mit der gesetzlich festgelegten Erhebung von Semesterbeiträgen nicht vereinbar sei. Eine Lösung, mit der die
20 Verkehrsunternehmen, die Universitätsleitung und die Studentenschaft zufrieden sein können, wurde bisher nicht gefunden. Zuletzt nahm auch ich selbst an einer Gesprächsrunde mit Frau Koch und Frau Odenbach von der TUD teil, sowie an einer großen Runde im SMWK bestehend aus Studierendenvertretern von der TU Chemnitz und der TU Dresden, unserem
25 Anwalt in der Sache „Studententicket“ und Vertretern des SMWK. Leider kam auch diese große Runde zu keinem Ergebnis. Nun haben wir den Status quo: Die Verkehrsbetriebe haben ihr Geld. Wir haben unsere Tickets. Eine vertragliche Grundlage gibt es dafür nicht. Weiterhin gibt es auch keine rechtsgültige Grundlage für den Einzug der Semesterbeiträge, welcher ohne Beanstandung erfolgte.

Ordnungen (außer BO)

Diverse Änderungsvorschläge für annähernd alle Ordnungen des StuRa wurden eingereicht. Darunter die Neueinrichtung des Förderausschusses, eine Änderung der Finanzordnung im §
38 (Reisekosten). Dabei ging es vorrangig darum den Plenumsvertretern des IHI Zittau die Möglichkeit zu geben ihre Fahrtkosten auch bei der Anreise mit einem privaten PKW in Gänze
35 erstattet zu bekommen. In diesem Zusammenhang wurde die generell geltende Erstattungsregelung von Fahrtkosten an die aktuellen gesetzlichen Rahmenbedingungen angepasst. Außerdem wurden Ordnungsänderungsanträge eingereicht, um die dauerhaften Bargeldbestände des StuRa erhöhen zu können und um die Ladungsfrist für Sondersitzungen in der vorlesungsfreien Zeit ein wenig zu verkürzen. Alle Änderungsvorschläge bezüglich der
40 Finanzordnung wurden in Rücksprache mit Frau Hübner (Innenrevision TUD) ausgearbeitet. Auf Initiative des GB Soziales wurde außerdem eine Änderung der Härtefallordnung beantragt. Darüber hinaus sind die vorgesehenen Änderungen (bspw. im § 28 -
Arbeitsgemeinschaften) überwiegend formaler Natur und führen zu keinen signifikanten
45 Veränderungen im Tagesgeschäft. Die Abstimmungen laufen dabei in Gänze bis Ende Oktober oder noch länger.

Quartalsbericht Geschäftsbereich Hochschulpolitik 03/2013

Wie auch schon in den vorherigen Berichten soll dieser wie folgt gegliedert sein, dass er mit dem Bericht des Geschäftsführers beginnt und sich diesem dann die Berichte aus den Arbeitsgemeinschaften und der Referate anschließen.

5 **I. Bericht des Geschäftsführers**

1. Abgeordnetengespräche

Prof. Schneider

- 10 Vor der Sommerpause gab noch einen Termin mit Prof. Schneider von der CDU, bei mir über die Realisierung des neuen Gesetzes zur SLUB sprachen und dabei vor allem um die Umsetzung eines studentischen Sitzes im Verwaltungsrates des SLUB. Ferner sprachen wir über die Auswirkungen der Zielvereinbarungen, die es mit sich bringen werden, dass nicht nur die Absolventenzahlen – wie auch immer - erhöht werden sollen sondern auch, dass die
- 15 Immatrikulierten- und Studierendenzahlen gesenkt werden sollen. Da, nach der Aussage des Abgeordneten, niemand die offene Absicht hege die Studi-Zahlen zu senken, schien mir dies als Beweis dagegen recht glaubhaft.

Holger Mann

- 20 In der Sommerpause der Politik gab es nur einen Termin mit einem Abgeordneten und zwar war dies das Pressefrühstück Holger Manns zu dem juristischen Gutachten des Juristischen Dienstes zum Hochschulfreiheitsgesetz.
- Dabei wurde das Gutachten vorgestellt, jedoch bot es m.E. keine Neuigkeiten für die Studentenschaften. Es wurde zudem immer wieder von Holger Mann auf die Situation mit
- 25 dem SemTik hingewiesen. Auch die Verarbeitung des Gutachtens im Wahlkampf des SPD macht nicht gerade viel Hoffnung darauf, dass sich etwas ändern wird, da eine engagierte Handlungsweise in meinen Augen anders aussieht als so.

2. Die Sache mit der KSS Teil 1 - Ordnungen

- 30 Im August wurde eine Arbeitsgruppe von Interessierten vom Plenum des Stura beauftragt sich einen Kopf über die Ordnungsänderungen, die in der KSS geplant sind zu machen und eigene Vorschläge dazu zu konzipieren. Diese Gruppe traf sich dreimal und entwarf einen eigenen Plan zur Änderung der Ordnungen in einer Synopse.
- 35 Dies ging auch schon dementsprechenden Persönlichkeiten im landessprecherinnenrat zu, in der Hoffnung, dass sich eine Reaktion zeigen mag, doch blieb diese bisher aus. Es wurde sich unter Anderem in der Gruppe darauf verständigt, dass es der KSS nicht zustünde sich außerhalb der vom Gesetz zugestandenen Geschäftsordnung weitere Ordnungen zu geben.

40 3. Sommerunis

- Im Sommer gab es auch wieder die sog. Sommerunis, wenn Schüler aus ganz Deutschland nach Dresden kommen, um sich über Studiengänge der Technischen und Ingenieurwissenschaften zu informieren. Dafür wurden an vier Abenden gegrillt und die Gäste umsorgt.
- 45 An allen vier Abenden war ich mindestens im Aufbau des ganzen anwesend und half, wo ich konnte. Den letzten der Abende betreute ich in Gänze, da ich ihn zu verantworten hatte, d.h. ich musste einkaufen gehen, damit die Gäste auch verpflegt werden konnten, Aufbau, Betreuung und Abbau. Das Prinzip, dass jeder Geschäftsführer einen Abend zu verantworten hatte, war neu und kann sich vielleicht auch etablieren.

4. Ministerinnenbesuch

Am Anfang September lud die Ministerin ins SMWK, um sich mit den Vertretern der sächsischen Studentenschaften zu treffen und aktuelle Problemstellungen zu besprechen.

- 5 Dabei verwies schon zu Anfang die Gastgeberin auf die aktuelle Auswertung der Sozialerhebung des DSW und meinte, es stünden sehr interessante Dinge drinnen, die auch bei uns Interesse wecken würden, so beispielsweise, dass nur jede achte Student eines BA-Stg. Einen Master anstrebe. Sie war auch recht überrascht, als man die Problematiken der Krankschreibungen von Studies bei Prüfungen und deren verschiedenen Handhabungen ansprach, dabei versprach sie, sobald man dies auch an Fallbeispielen unterlegen könnte, sich
10 darum zu kümmern. Auch zeigte man sich gegenüber einem Jahresticket damals noch optimistisch entgegenüber.

5. Die Sache mit der KSS Teil 2- Sitzungen

- 15 In der Zeit des dritten Quartals fanden mehrere Sitzungen der KSS statt, leider war es der Delegation der TU nicht immer möglich bei den Sitzungen anwesend zu sein. Es wurden uns gegenüber Vorwürfe laut, dass wir unser fern bleiben einplanten, um die KSS-Sitzungen mit Absicht nicht beschlussfähig zu machen. Dies ist in keinem Fall so gewesen. Der Schluss, den man daraus zog war, dass man gem. § 53 SächsHSFG Sitzungen einberief, die nicht
20 beschlussfähig sein mussten, um die Tagesordnungspunkte beschließen, welche nicht beschlossen werden konnten, da die Sitzung nicht dazu fähig war. Sämtliche Überweisungen, die daraus folgten wurden von meiner Seite, da ich die Befugnis in der KSS habe
25 Unterschriften zu leisten, verweigert, da ich diese Sitzungen und deren Beschlüsse als nicht rechtmäßig ansah. Die Rechtsabteilung der Universität wollte mir dazu keine Stellungnahme abgeben, da sie nicht für uns verantwortlich sei im Sinne dessen, dass sie uns Rechtsberatung zukommen lassen darf.

6. Viele, viele Gespräche

- 30 Im Quartal gab es viele treffen mit Personen der Universitätsleitung, designiert und anderen Menschen die wichtig sind oder sich dafür halten.

6.1 Gespräch mit Prof. S. Strahinger

- Es gab noch bevor Frau Strahinger als designierte PBI gewählt wurde, eine Zusammenkunft zwischen Stud. Senatoren, Johanna und mir. Wir hatten schon im Mai davon erfahren, dass
35 frau S. auf diesen Posten kommen könnte und baten daher frühzeitig um dieses treffen. Bei diesem wurde schon einmal von unsere Seite erste Schwerpunkte aufgezeigt und „beobachtet“ wie frau S. darauf reagiert. Wir waren von diesem Gespräch sehr angetan und von der zukünftigen Arbeit der neuen PBI.

6.2 Treffen mit Prof. Lenz

- 40 Es ist in Planung nun sich neben der Turnusgespräche auch regelmäßig mit den Mitgliedern der Uni-Leitung einzeln auf Gespräche zu treffen, um diese zu aktuellen Themen zu fragen und zu besprechen und den Willen der Stud.-schaft ungezwungen zu erklären. So trafen wir uns auch mit Prof. Lenz. Dieses Gespräch gab uns, Johanna, Marius und mir, einen besseren
45 Einblick in die Strukturen der Uni.-Leitung, wie auch wir konnten noch einmal unsere Standpunkte, unter anderen zum Stud.-Ticket noch einmal erklären.

Bevor sich zu viel von diesen Gesprächen versprochen wird, zwar dauern sie länger, als normal Turnusgespräche und es stehen auch weniger Themen auf der „TO“, doch laufen sie sehr viel formlosen ab, was auch geplant ist, da man so vielleicht noch die eine oder Andere Information

zwischen den Zeilen bekommt, die man in den formalen Gesprächen ich heran bekommt. Diese Gespräche werden auch in der nächsten Zeit weitergeführt.

6.3 Verabschiedung von Prof. Schaefer

- 5 Frau prof. Schaefer feierte in dieser Zeit auch ihren Abschied von der TU, da sie diese verlassen wird/ hat. Bei der Feierlichen Verabschiedung waren Johanna und ich, sowie einige Stud. Senatoren und Altsenatoren anwesend und gaben ihr noch ein letztes Geleit ;).

6.4 Treffen mit Frau Odenbach und Frau Koch zum Stud.-jahresticket

- 10 Felix nahm mich zu einem Gespräch mit Frau Odenbach und Frau Koch mit, bei dem es darum ging, wie mit der Beitragsordnung und dem Jahresticket weiterverfahren werden solle. Frau Odenbach bot sich dabei als Mittlerin. Frau Koch zeigte sich dem Ganzen verfahren nicht sehr aufgeschlossen und führte stets dieselben Argumente vor, schlug jeglichen Kompromiss aus und beharrte auf ihrer Rechtsansicht.
- 15 Am Ende des Gesprächs wurde sich darauf geeinigt, dass ein Änderungsantrag in das Plenum eingebracht würde, der die Beitragsordnung wieder ändern solle, doch wurden da schon die Erfolgsaussichten auf zu gering eingeschätzt. Es zeigte sich des Weiteren, dass Frau Koch in ihrer eigenen Welt lebte und sich in Widersprüche verfängt, darauf angesprochen diese einfach ignoriert. Eine weitere Zusammenarbeit auch aus dem Grunde, dass man nur Rechtsaufsicht im Sinne von später draufschauen und dann meckern sein möchte und keine vorherigen
- 20 Rechtsauskünfte geben möchte, um mögliche Fehler zu umgehen, macht eine weitere Zusammenarbeit mit dieser Frau für mich sehr unattraktiv.

6.5 Lehramtsdiskussion der Grünen an der TUD

- 25 Im Juli fand sodann noch eine Diskussion der Grünen Landtagsfraktion zur Umgestaltung der Lehramtsausbildung in Sachsen statt. Dabei wurde ihr geplantes Gesetz zur Lehrerausbildung diskutiert.

7. Lust-Beratungen als Amtshilfe

- 30 Ich wurde zu zwei Fällen im LuSt-Bereich herangezogen, zum einen bei den Medizinerinnen, die Schwierigkeiten mit einer Wiederholungsklausur hatten zum Anderen bei einer an einem NC gescheiterten Immatrikulation.

8. Sonstiges

- 35 Es gab natürlich dazu noch vieles andere, wie Unterschriften, die geleistet werden mussten, zwei Turnusgespräche und vieles, vieles mehr, was m.E. der Erwähnung nicht wert ist.

II. Berichte aus den Referaten und Arbeitsgemeinschaften

40 1. Bericht vom Referat Politische Bildung Juli

Liebe Geschäftsführung,

- 45 im Juli fanden die letzten Vorlesungen der Ringvorlesung statt, für die wir uns um Organisation, Kontakt mit ReferentInnen und Hochschulgruppen sowie Werbung und Mitschnitte kümmerten. Für die Vorlesungsreihe kümmerten wir uns auch um die entsprechenden Scheine und entwarfen eine Klausur, welche am 16.7. geschrieben wurde. Hierfür standen und stehen wir auch mit Dr. Heim (Institut für Soziologie; Schirmherr der Vorlesungsreihe) in Kontakt. Für die Überarbeitung des Readers recherchierten wir u.a. im

Handbuch der Deutschen Burschenschaft sowie vor Ort bei der Eröffnung des Jugendzentrums der Blauen Narzisse (personell eng mit der Burschenschaft Cheruscia verbunden) am Anfang des Monats. Im Juli fanden drei Referatstreffen statt.

5 Viele Grüße!

Stefan

2. Bericht vom Referat Politische Bildung August

10

Liebe Geschäftsführung,

viel ist im August nicht passiert, da die meisten Referatsmitglieder mit Prüfungen und Hausarbeiten beschäftigt waren (und zum Teil auch noch sind). Laura schrieb einen Bericht über die vom Stura geförderte Bildungsreise in Ungarn und wir organisierten zusammen mit Black Wok und dem WUMS e.V. einen Vortrags über den wendländischen Widerstand gegen das Atommüllendlager Gorleben; u.a. hierfür wohnten wir einer GF-Sitzung bei. Im August fand ein Referatstreffen statt.

20 3. Bericht vom Referat Politische Bildung September

Liebe Geschäftsführung,

im Oktober fand ein Referatstreffen statt, wir haben uns um die Scheine der Ringvorlesung des Sommersemesters 2013 gekümmert und Vorbereitungen für eine Veranstaltung zu Thema „Psychoanalyse und Gesellschaftskritik“ getroffen, insbesondere wurde zu möglichen Referenten und Themen recherchiert. Außerdem haben wir zusammen mit BlackWok und dem WUMS e.V. eine Vortragsveranstaltung mit Susanne Kamien über die Protest- und Widerstandsgeschichte mit ihren verschiedenen Formen im Wendland organisiert.

30

Mit freundlichen Grüßen
Lena Werner

35 4. Bericht von der Ungarnreise

Siehe Anhang

5. weitere Berichte aus den Referaten

.... Kamen leider nicht rechtzeitig an.....

40

Bericht von der Ungarn-Reise

Ungarn in der Nussschale – Ein Reisebericht

45 Im Juli bin ich gemeinsam mit einer organisierten Reisegruppe von der sächsischen Böll-Stiftung, weiterdenken e.V., nach Budapest aufgebrochen, um der ungarischen Demokratie unter Viktor Orbán auf den Zahn und den gesellschaftlichen Verhältnissen nach zu fühlen und

auch Kontakte für die hochschulpolitische Arbeit an der TU Dresden zu knüpfen.

Wohin marschiert Ungarn seit 2010, als die rechtskonservative Partei Fidesz unter Viktor Orbán in Koalition mit den kleinen Christdemokraten (KDNP) ihre zweite Regierungszeit mit einer zwei Drittel Mehrheit angetreten hat und nun auch die ungarischen Neo-Faschisten (Jobbik) als drittstärkste Kraft im Parlament sitzen?

Das möchte ich hier an Schlaglichtern der Reise darstellen, die leitend für die aktuelle Entwicklung in Ungarn gelten können. Für mehr Informationen und Analysen empfehle ich das Buch „Mit Pfeil, Kreuz und Krone. Nationalismus und autoritäre Krisenbewältigung in Ungarn.“ von Magdalena Marsovsky et al., erschienen im Unrast Verlag. Aufbauend sind auch

Veranstaltungen zum Thema Rechtsruck in Ungarn an der TU Dresden geplant, um das Thema weiter im Fokus zu behalten. Geschichtsrevisionismus als Staatsprogramm – Das House of Terror als großungarische Geschichtserzählung Um das Abdriften der ungarischen Politik und Gesellschaft nach rechts zu verstehen, bietet das House of Terror einen wichtigen Ankerpunkt. Geschichtsschreibung beeinflusst gesellschaftliche Wahrheiten und damit auch das Politikverständnis. Das House of Terror wurde schon in der ersten Amtszeit von Orbán im Februar 2002 fertiggestellt. Federführend sind rechtsradikale Wissenschaftler, wie Tamás Fricz oder der Jobbiknahe Laszló Tóth Gy. Monumental und düster präsentiert sich das sogenannte Museum der beiden Diktaturen Ungarns, der Nationalsozialisten und danach der Kommunisten, schon von der Straße aus wird die Symbolik klar: das Pfeilkreuz als Symbol der Nazis wird mit dem roten Stern der Kommunisten gleichgesetzt, beide Regime bilden die Spitze des Terrors über dem Haus, das Ungarns Bevölkerung von 1944-1989 zu symbolisieren scheint. Diese werden im gesamten House wie hilflose, unschuldige Opfer dargestellt, die von fremden Mächten beherrscht wurden. Die Ausstellung startet 1944, als die Pfeilkreuzler (ungarische Nazis) mit Hilfe der Deutschen putschten und die Macht übernahmen. Im Anschluss wurde innerhalb weniger Wochen die Deportation der Mehrzahl der ungarischen Juden und Jüdinnen in die Konzentrationslager durchgeführt. Die Nazis werden als dem ungarischen „Volk“ Fremde dargestellt, die durch weitere Fremde aus dem Ausland beim Holocaust und der Errichtung einer Diktatur unterstützt worden sind. Kein Wort fällt hier von Miklós Horthy (Staatsoberhaupt 1920-1944), der die ersten antijüdischen Gesetze vor den Nürnberger Gesetzen 1920 schon in Ungarn erlassen hat. Ebenso wurden Juden und Jüdinnen unter Horthy ghettoisiert, enteignet, zur Zwangsarbeit eingesetzt und ermordet. Das autoritäre Regime Horthy schuf das gesellschaftliche Klima für den Aufstieg der Pfeilkreuzler.

Angestachelt durch den Friedensvertrag von Trianon 1920, indem Großungarn im Zuge des 1. Weltkriegs zu Kleinungarn schrumpfte, verschob sich die Ideologie in Ungarn immer stärker auf die Wiederherstellung Großungarns, eine Wiedervereinigung der „magyarischen Nation“, die eine kulturelle und blutmäßige Abstammungsgemeinschaft darstellt und sich nun auch außerhalb der Grenzen „Klein“-Ungarns befindet. Die Idee der magyarischen Nation steht im klaren Gegensatz zu einer Nation als Demokratie (Gleichheit aller Bürger*innen) und grenzt sich deutlich von „den Volksfremden“ ab. Diese völkische Ideologie kennt viele innere Feinde: Juden, Jüdinnen, Roma, Homosexuelle, aber auch Liberale. Die völkisch-nationalistische Tradition reicht von 1920 bis in die Gegenwart und spiegelt sich nicht zuletzt im Parteiprogramm der Fidesz, noch stärker bei der Jobbik, wieder. Zurück im House of Terror fällt der Nationalsozialismus wie ein Alien über ein schuldfreies Ungarn her.

Begleitet von lauter, pathetischer Rockmusik vergisst man das völkische Ungarn in den zwei Räumen zur nationalsozialistischen Diktatur, Denken fällt schwer, fotografieren ist ab hier in der gesamten Ausstellung auch verboten.

Nachdem 1945 die Nazis durch die Kommunisten abgelöst wurden, wird die ungarische Bevölkerung im House of Terror eine große Gemeinschaft der Opfer des „kommunistischen Terrors“, in den folgenden Räumen wird Ungarn als ein einziger großer Gulag dargestellt.

In den folgenden 21 Räumen, die die kommunistische Diktatur darstellen, werden Auschwitz und der Gulag gleichgestellt und dabei Ungarn von jeder Schuld an der Shoa reingewaschen. Die Zeit zwischen 1945 und 1989 wird mittels dramaturgischer Elemente, wie Licht und Akustik, der pathetischen Präsentation der Ausstellungsstücke und Symbole, einem Gang durch Kerker des Staatssicherheitsdienst und Folterkeller, vorbei an den Ermordeten der Revolution 1956 gegen die kommunistische Diktatur zu den dunkelsten Jahren Ungarns. Kein Licht zeigt sich, kein Wort über die Liberalität des „Gulaschkommunismus“, der in Ungarn etwa ab 1960 einzusetzen begann. Der letzte Raum der Ausstellung widmet sich dem Abzug der letzten sowjetischen Soldaten 1989 und erweckt so den Eindruck der stalinistische Terror von vor 1960 hätte bis in die Gegenwart angehalten. Übrigens werden Kommunist*innen in Ungarn meist auch gleichbedeutend „Juden“ genannt, das Judentum wird mit sämtlichen liberalen und emanzipatorischen oppositionellen Bestrebungen gleichgesetzt und eben als „volksfremd“ dargestellt. Laut Marsovsky (2013) lassen sich etliche historische Aussagen des sog. Museums als falsch entlarven, die Absicht der Fidesz-nahen Kuratoren ist klar: eine Relativierung der nationalsozialistischen Vergangenheit Ungarns mittels einer Überbetonung der kommunistischen Schreckensherrschaft sowie die Darstellung einer schuldlosen ungarischen Bevölkerung. Zentral sind hier die Täter-Opfer-Umkehr durch eine Relativierung des Holocausts in Bezug zum Gulag sowie eine völkisch-ungarische Ideologisierung. Die Überbetonung der Gulags gegen Auschwitz sowie die Schuldlosigkeit der Ungar*innen legen einen Grundstein für die aktuellen gesellschaftlichen Diskurse. Antisemitismus, Anti-Demokratisierung und antifreiheitliches Denken prägen immer mehr Köpfe der Republik. Laut einer Umfrage finden ein Drittel aller Studierenden eine Diktatur besser als die Demokratie, nur völkisch-national muss sie sein, ebenso ein Drittel aller Studierenden würde die neofaschistische Partei Jobbik wählen. Diese Einstellungen und Ansichten beruhen eben auch auf einer mangelnden Aufarbeitung der Geschichte Ungarns unter Horthy und den Pfeilkreuzlern sowie im Kommunismus. Zur mangelnden Aufarbeitung besonders der nationalsozialistischen Geschichte Ungarns zeugt auch, dass 59 Jahre nach dem Ende des II. Weltkriegs erst 2004 ein Holocaust Memorial Center in Budapest eingerichtet wurde, um an die mehr als 600.000 ermordeten Juden und Jüdinnen, Roma und anderer Menschen zu erinnern.

Hier wird die Entwicklung des ungarischen Faschismus faktentreu und mit einer historischen Einordnung der Geschichte Ungarns vor 1944 behandelt. Und ebenso wie die antisemitische Verfolgung, die Verfolgung der Roma dargestellt. Im House of Terror? Kein Sterbenswörtchen davon. Roma werden in Ungarn auch heute noch verfolgt, 80% der Bevölkerung hat antiziganistische Einstellungen. Als in den vergangenen Jahren drei Serienmörder gezielt Häuser von Roma anzündeten und Fliehende erschossen, weigerte sich die Polizei lange Zeit, überhaupt Ermittlungen anzustellen. Im August wurden die Täter endlich verurteilt, noch ist das Urteil aber nicht rechtskräftig und das gesellschaftliche Interesse zum Prozess hält sich in engen Grenzen. Völkisches Denken nimmt seit der Wende und mit der Wiederetablierung der Meinungsfreiheit immer mehr zu, 2010 gipfelte das in den Wahlsieg von Fidesz/ KDNP sowie Jobbik, der drittstärksten Kraft im Parlament. Mittels zweidrittel Mehrheit verabschiedete die Fidesz-Regierung schnell ein neues Grundgesetz, das als Geleitwort das „Nationale Glaubensbekenntnis“ trägt. Zum wichtigsten Rahmen des Zusammenlebens werden die Familie aus Mann + Frau + Kindern, die ungarische Nation und das Christentum benannt. Das Glaubensbekenntnis muss laut Grundgesetz auch in jedem öffentlichen Gebäude hängen. Die Einheit der Nation wird durch die Stephans-Krone symbolisiert, die als reaktionäres Symbol eines königlichen Großungarns seit 2000 im Kuppelraum des Parlaments steht. Auf dem Fuße folgten ein neues Mediengesetz, das Zensur ermöglicht. Und die neue Roma „Integrationsstrategie“, die nur eine weitere Exklusion

bedeutet, wie Sonderschulen für Roma-Kinder. (Gewürdigt wurde dieses Vorgehen übrigens vom deutschen Bundespräsident Joachim Gauck.) Außerdem veränderte die Regierung Fidesz das Wahlrecht, was einen Einzug ins Parlament für kleinere Parteien erschwert und die Vorherrschaft von Fidesz ausbaut. So müssen sich Wähler*innen in Zukunft einige Wochen vor der Wahl registrieren lassen. Besonders die ärmeren Bevölkerungsschichten, wozu auch die Roma gehören, werden so zunehmend daran gehindert, an der Wahl zu partizipieren. Weiterhin müssen Bewerber*innen zur Kommunalwahl viel mehr Unterstützungsschreiben („Klopfzettel“) sammeln, um als Kandidat*innen zugelassen zu werden. Schwer ist das besonders für kleine Parteien, wie die liberalen Oppositionskräfte. Laut Marsovsky (2013) unterliegen sämtliche Maßnahmen in der Kultur-, Bildungs- und Wirtschaftspolitik, sowie Judikative und Exekutive völkisch-ideologischen Kategorien, die einer Stärkung der magyarischen Idee, sprich Großungarns, dienen sollen. Auf einem Besuch an der Universität Miskolc erfahren wir mehr darüber. In der Bildungspolitik seien die Bestrebungen der Regierung genannt, eine Studienförderung nur noch an technisch-naturwissenschaftliche Studiengänge zu vergeben, die dem Land wirtschaftlich nutzen. Finanzielle Kürzungen an den Universitäten treffen besonders die Humanwissenschaften. Auch in Deutschland kein unbekanntes Phänomen, muss man in Ungarn jedoch vermuten, dass kritische Humanwissenschaftler ruhig gestellt werden sollen. 2011 zentralisierte der Staat dann die Universitäten mittels einem neuen Hochschulgesetz, die Regierung Orbán nimmt die Leitung des Hochschulwesens in die Hand, sie ernennt seitdem die Kanzler der Universitäten. Protest der Studierenden blieb gering. Was sicher auch seinen Grund in der konservativ-nationalistischen bis rechtsradikalen Einstellung der Studierenden hat. Anders als in der links geprägten deutschen Studierendenschaft erkennt der Politologe Bartek Pytlas hier als wesentliches Muster: ein Großteil der Studierenden kommt aus wertkonservativen Familien, sie sehen sich als Elite und als Zukunft der Nation. Zu diesem völkisch geprägten Heimatfetischismus kommt die revolutionäre Selbstdarstellung von Jobbik und die jugendliche Emotionalität der Studierenden, die sich für den coolen Lifestyle, die Gemeinschaftlichkeit in einer enttraditionalisierten ungarischen Gesellschaft und die Uniformen der paramilitärischen Neuen Ungarischen Garde von Jobbik begeistern. Bild (Jobbik will Juden zählen – Viele Studierende finden das super. Auch an Budapests Hochschulen wurden schon jüdische Lehrkräfte bedroht.) Der aktuelle Coup: die nationalen Tabakläden in Orbánistan Mit der Monopolisierung des Tabakverkaufs gelang der Fidesz-Regierung im Juli der bisher offenste Fall von staatlich protektioniertem Amts- und Machtmissbrauch. Per Gesetz wurde zum 1. Juli 2013 der Tabakverkauf nur noch in den „Nationalen Tabakläden“ (nemzeti dohánybolt) gestattet, die 5400 Lizenzen für den Tabakverkauf gingen fast ausschließlich an Fidesz-Freunde. Vor der Neuregelung gab es 42.000 Tabakverkäufe in Ungarn, das heißt viele Händler*innen gehen mit dem neuen Gesetz leer aus oder pleite, auch gibt es einige Gemeinden, in der gar kein Tabakverkauf mehr gestattet ist. Aufgrund der öffentlichen Empörung schreibt die Regierung jetzt eine zweite Runde Tabakkonzessionen aus, vergeben werden die Lizenzen für Orte unter 2000 Einwohner*innen – die bis jetzt keine Tabakläden mehr haben. Da Fidesz und Jobbik besonders auf dem Land stark sind, ist aber zu erwarten, dass die neuen Konzessionen auch wieder an Parteifreund*innen vergeben werden. Mit einer 10-12prozentigen Gewinngarantie der Tabakverkaufsstellen können die rechten Parteien so ihr wirtschaftliches wie politisches Kapital erweitern. Und obwohl der Tabak-Coup öffentliche Entrüstung hervorruft, entsteht in Ungarn kein breiter zivilgesellschaftlicher Protest. Es scheint immer mehr, die Fidesz Regierung könne, ohne eine Opposition zu fürchten, schalten und walten, bei der Verfassungsänderung, dem Mediengesetz, den Beschränkungen der Studienfinanzierung, der geschichtlichen Erinnerungskultur und eben nicht zuletzt bei Lizenzvergaben für Tabakläden.

Mit dem Ende der Reise wird uns allen noch einmal stärker bewusst, dass Ungarn sich immer weiter in ein autokratisches, rechtskonservatives und völkisch-nationalistisches Regime entwickelt. Wie lässt sich diese Entwicklung mitten in Europa und zu Beginn des 21. Jahrhunderts aufhalten? Ein ungarischer Frühling ist jedenfalls auch 2014 nicht in Sicht, Kritik aus Brüssel wird zu zaghaft geäußert, aber immerhin scheint sich die ungarische Opposition zu einer gemeinsamen Wahlliste für 2014 aufzustellen. Aktuell wird übrigens am Parlament umgebaut. So wie 1938 soll es wieder aussehen – erste Statuen liberaler oder sozialistischer Politiker wurden schon entfernt. Wenn das die Zukunft ist...

10

15

3. Wahlen und Entsendungen

Antragsteller: Robin May

angestrebter Tätigkeitsbereich: Geschäftsführer Personal

5 **Begründung:**

Liebes Plenum,

hiermit kandidiere ich für den GF Personal.

- 10 Die Erfahrungen, die ich aus Lehrgängen und Schulungsseminaren zum Moderator und Mediator gemacht habe, möchte ich nun auch in den StuRa einbringen. In den letzten Jahren habe ich viele Projekte organisiert und war dort immer wieder ein zwischenmenschlicher Kompensator für Probleme, Missverständnisse und Konflikte. Ich denke, dass mein dort gewonnenes Einfühlungsvermögen im Posten GF Personal sehr von nutzen sein kann.
- 15 Ich habe noch wenig Erfahrung mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverhältnissen, aber vielfältige Erfahrung in der Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Dies möchte ich auch mit unseren Angestellten weiterführen, dabei müssen arber Aufgabenbereiche immer klar definiert sein. Meiner Ansicht nach muss dies gemeinsam mit allen Parteien geschehen. Für mich ist dies eine interessante Herausforderung.

- 20 Ich war vor drei Wochen in der GF Sitzung und hab über Wünsche, Probleme und das Aufgabenfeld diskutiert und bin nach wie vor sehr interessiert ;)

- 25 Dazu kommt, dass ich meine Arbeit im FSR Jura beenden werde und dadurch Zeitressourcen freimachen kann, die ich in die Arbeit als GF stecken möchte. Natürlich wird viel mehr Arbeit anfallen, aber ich bin bereit diesen Aufwand zu investieren, um auf der einen Seite neue Erfahrungen für mich zu gewinnen und auf der anderen Seite die Arbeit des Sturas zu verbessern.

- 30 Ich stehe dem GF Posten definitiv 3 Semester zur Verfügung und ggf. noch einem weiterem Semester.

Erste Schritte als GF Personal:

- 35 - Findungsgespräch mit unseren MitarbeiterInnen! (Rolle, Positionen, Aufgaben) – als Katalysator wirken Kaffee undKuchen wahre Wunder
- Erabreitung einer gemeinsamen Kommunikationsdtruktur, die die Bedürfnisse aller Parteien gerecht wird
- 40 - Einarbeitung ins Arbeitsrecht und Tarifverträge
- Sammlung der bisherigen Probleme/Konflikte zwischen den MitarbeiterInnen und der Exekutive und deren Aufarbeitung
- regelmäßige MitarbeiterInnen Gespräche (mindestens alle zwei Wochen vor der Stura Sitzung)
- 45 -Erstellung einer Übersicht, der von unseren MitarbeiterInnen geleisteten Arbeiten und der benötigten Zeit (das wird nicht einfach, aber ist machbar ;)
- "Kummerbox" vor das Service Büro
- Robin (25 Jahre im 3 Master Semester Internationale Beziehungen)

Antragsteller: Joachim Püschel

angestrebter Tätigkeitsbereich: Geschäftsführer Personal

5 **Begründung:**

Geehrte Plenumsmitglieder,
liebe Sitzungsleitung,

10 wie ihr wisst, wurde die Wahl zum GF Personal von der letzten Sitzung
vertagt, weil die Kandidaten sich bezüglich dieses Postens zunächst
austauschen wollten. Dieser Austausch ist nun geschehen und wir haben
uns dafür entschieden, dass sich sowohl Robin als auch ich auf diesen
Posten bewerben. Wir beide sehen die Aufgaben und die Funktion dieses
15 Postens etwas anders, wir sind auch in unserer Herangehensweise
unterschiedliche Menschen und daher sind wir überein gekommen, dass der
StuRa nach eingehender Befragung unser beider eine Wahl treffen soll.

Lasst mich noch ein wenig über meine Sicht des Postens reflektieren: Ich
begreife diesen Posten zuvorderst als Mittelperson zwischen unseren
20 Mitarbeiterinnen und der GF, und vor allem auf eine gute Zusammenarbeit
will ich hinwirken. Der StuRa hat diesen Posten unter anderem wegen
einer aus seiner Sicht verbesserbaren nebenamtlichen Tätigkeit eines GF
zu einem hauptamtlichen GF kristallisiert. Beide Parteien,
Mitarbeiterinnen und GF oder die Exekutive im Allgemeinen, müssen in
25 Zukunft gut zusammenarbeiten und sich vor allem verstehen -- im
wörtlichen wie im übertragenen Sinne. Gerade im Hinblick auf die
Austrittsoption, die den StuRa in viel höherem Maße als bisher zu einem
Dienstleister an der Studentenschaft macht, oder auf vermeidbare
Missverständnisse und klare Kommunikationswege kann dort ein GF Personal
30 eine sinnvolle Maßnahme sein.

Wie genau Robin und ich diesen Posten auszufüllen gedenken, was unsere
Strategien und Pläne sein werden und wie wir den Mikrokosmos StuRa
sehen, wird Gegenstand der Sitzung sein und hoffentlich eine
35 gewinnbringende Debatte nach sich ziehen. Der dem StuRa in seinem
Auftreten, seinen konkreten Plänen, seiner Persönlichkeit und seinen
Visionen eher zusagende Kandidat soll vom Plenum gewählt werden.

40 Ich freue mich auf die Debatte und freue mich ebenso auf die Chance des
Amtes GF Personal.

Beste Grüße, Joachim.

45 PS: Ach ja!

Ich stelle hiermit den Antrag, mich, Joachim Püschel, 9. FS Biologie,
Promotion, zur Wahl zum GF Personal zuzulassen und kandidiere ab sofort
für dieses Amt. Ich bin Mitglied der Verfassten Studentenschaft.

Antragsteller: Benedikt Mast

angestrebter Tätigkeitsbereich: Referent Integration behinderter und chronisch kranker Studierender

5 **Begründung:**

Liebes StuRa-Plenum,

hiermit möchte ich mich als Referent für das Referat „Integration behinderter und chronisch kranker Studierender“ (IbS) bewerben.

Ich studiere im 5. Semester Verkehrsingenieurwesen und bin im o.g. Referat

- 10 seit Februar 2012 Mitarbeiter. In dieser Zeit habe ich mit Rico, dem ehemaligen Referenten, eng zusammengearbeitet. So haben wir beispielsweise in diesem Jahr gemeinsam eine Veranstaltung für behinderte und chronisch kranke Erstsemester organisiert. Auch die Arbeit in diversen Arbeitsgemeinschaften wie der AG Inklusion und der IGB (Interessengemeinschaft Studium und Behinderung) haben wir uns geteilt. Da
- 15 Rico nun von seinem Posten zurückgetreten ist, bin ich mit ihm übereingekommen, dass ich mich zur Wahl seines Nachfolgers aufstellen lasse, um die Arbeit fortzuführen. Hierfür bitte ich um Euer Vertrauen

Antragsteller: Sascha Schramm

- 20 **angestrebter Tätigkeitsbereich:** Mitglied im Geschäftsbereich Soziales

Begründung:

erfolgt mündlich auf der Sitzung

25

30

35

40

45

4. geschlossene Sitzung

5

10

15

20

25

30

35

40

5. Antrag 13/078 Grundordnungsänderung § 29 Abs. 1 – Ergänzungsordnungen und Richtlinien, 3. Lesung

Antragsteller: Felix Walter

Antragstext: Der StuRa möge beschließen den § 29 Abs. 1 der Grundordnung wie folgt zu ergänzen:

5 (1) [...]

5. Die AE- Ordnung der Studentenschaften

6. Die Mitgliedschaftsordnung der Studentenschaft

10 **Begründung:**

Diese Ordnungen sind in ihrer derzeitigen Form noch sehr neu und die Notwendigkeit der Einbindung in § 29 Abs. 1 der Grundordnung wurde meiner Ansicht nach bei der Einführung dieser Ordnungen übersehen.

15

20

25

30

6. Info-TOP Studentische Senatoren

Erfolgt mündlich auf der Sitzung.

7. AE-Ordnungsänderung 13/079 § 2 – AE- Berechtigte, 3. Lesung

Antragsteller: Felix Walter

Antragstext: Der StuRa möge beschließen den § 2 der AE- Ordnung wie folgt zu ändern:

(1) AEs können beantragt werden durch

- 5 1. Referatsmitarbeiterinnen,
2. Referentinnen,
3. Geschäftsführerinnen,
4. Sportobleute,
- 10 5. Ausschussmitarbeiterinnen, falls dies bei der Einrichtung des Ausschusses so geregelt wurde,
6. Mitglieder des Sitzungsvorstandes.

(2) AEs können weiterhin durch Mitarbeiterinnen von Projekten des StuRas beantragt werden, sofern dafür ein Finanzrahmen beschlossen wurde, bzw. im Rahmen eines zum Projekt gehörenden Finanzantrages, welcher beschlossen wurde, ein entsprechender Posten vorgesehen ist. Die Beantragung und Bewilligung von AEs für Projektmitarbeiterinnen erfolgt darüber hinaus gemäß den Regelungen dieser Ordnung.

Begründung:

- 20 Projektmitarbeiterinnen sollen weiterhin AEs bekommen, allerdings ist für die Geschäftsführung nur schwer nachvollziehbar, welcher Aufwand den einzelnen Mitarbeiterinnen konkret entstanden ist. Weiterhin müssen Projektmitarbeiterinnen dem Plenum lediglich verkündet werden, das Plenum hat an dieser Stelle also faktisch keine Kontrollmöglichkeit.
- 25 AEs für Projektmitarbeiterinnen machen die entsprechenden Projekte deutlich teurer. Daher wünsche ich, dass AEs für Projektmitarbeiterinnen dem Plenum BEVOR die entsprechenden AE- Anträge gestellt werden, bereits bekannt sein sollten.
- Das fclr als Beispiel: Nimmt man den vom StuRa beschlossenen Finanzrahmen mit 100 % an und rechnet die für das Projekt bewilligten AEs hinzu, erhöhen sich die IST-Ausgaben auf
- 30 über 160 % des vom StuRa ursprünglich für das Projekt beschlossenen Finanzrahmens.

35

40

45

8. Antrag 13/085 – Nachtragshaushalt HH 13/14, 3. Lesung

Antragsteller: Felix Walter

Antragstext: Der StuRa möge den vorgelegten Nachtragshaushalt beschließen.

Begründung:

5 erfolgt mündlich.

K.-Nr.	Bezeichnung	IST-Stand 31.08.*	HH 13/14	Nachtrags-HH 13/14	Differenz
311	Computer u. ä.	6.760,00 €	10.000,00 €	13.000,00 €	3.000,00 €
420	Büroeinrichtung	910,00 €	3.000,00 €	3.000,00 €	
480	Geringwertige Güter	670,00 €	1.000,00 €	1.500,00 €	500,00 €
4100	Löhne und Gehälter	27.090,00 €	68.000,00 €	70.000,00 €	2.000,00 €
4111	Honorare	330,00 €	0,00 €	1.000,00 €	1.000,00 €
4130	Gesetzl. Sozialaufw.	5.180,00 €	14.000,00 €	14.500,00 €	
4169	AEs Sonstige	4.380,00 €	7.000,00 €	7.000,00 €	
4170	AEs GB Inneres	3.850,00 €	8.000,00 €	9.000,00 €	1.000,00 €
4171	AEs GB Öffentlichkeitsarb.	1.670,00 €	8.000,00 €	6.000,00 €	-2.000,00 €
4172	AEs GB Soziales	2.020,00 €	8.000,00 €	6.000,00 €	-2.000,00 €
4173	AEs GB Lehre und Studium	3.660,00 €	7.500,00 €	9.000,00 €	1.500,00 €
4174	AEs Hochschulpolitik	3.680,00 €	8.000,00 €	9.000,00 €	1.000,00 €
4260	Instandhaltung	20,00 €	500,00 €	500,00 €	
4360	Versicherung	0,00 €	2.100,00 €	2.100,00 €	
4380	Beiträge	270,00 €	500,00 €	600,00 €	100,00 €
4385	Beitrag KSS	8.780,00 €	9.000,00 €	9.000,00 €	
4530	Betriebskosten Notstromer	0,00 €	150,00 €	150,00 €	
4601	Transportkosten	30,00 €	100,00 €	100,00 €	
4650	Bewirtung	1.450,00 €	1.600,00 €	2.500,00 €	900,00 €
4660	Reisekosten	880,00 €	3.000,00 €	2.500,00 €	-500,00 €
4700	Aufw. für stud. Projekte	7.000,00 €	20.000,00 €	20.000,00 €	
4701	Sportreferat	3.520,00 €	6.000,00 €	7.500,00 €	1.500,00 €
4702	Demonstrationen	0,00 €	14.722,00 €	12.000,00 €	-2.722,00 €
4705	Wahlen	0,00 €	1.500,00 €	1.500,00 €	
4706	Öffentlichkeitsarb.	820,00 €	7.500,00 €	7.500,00 €	
4709	Referat Kultur	0,00 €	500,00 €	500,00 €	
4710	Bildung/Hochschulpolitik	2.740,00 €	8.500,00 €	8.500,00 €	
4711	Arbeitsgemeinschaften	1.350,00 €	3.000,00 €	3.000,00 €	
4714	Soziales	190,00 €	1.000,00 €	1.000,00 €	
4715	Soziales-Härtefälle	1.690,00 €	6.088,00 €	6.797,00 €	709,00 €
4750	TUUWI	790,00 €	3.400,00 €	3.400,00 €	
4790	spiritus rector	0,00 €	6.000,00 €	6.000,00 €	
4800	Fachschaftsbeiträge	17.410,00 €	86.000,00 €	88.000,00 €	2.000,00 €
4804	Sonderzuwendungen FSRe	0,00 €	0,00 €	0,00 €	
4900	Sonst. Aufwendungen	0,00 €	200,00 €	200,00 €	
4910	Porto	10,00 €	100,00 €	100,00 €	
4920	Telefon	0,00 €	150,00 €	150,00 €	
4930	Bürobedarf	310,00 €	800,00 €	800,00 €	
4940	Zeitschriften/Bücher	80,00 €	200,00 €	243,00 €	43,00 €
4950	Rechts-/Beratungskosten	10.780,00 €	21.000,00 €	25.000,00 €	4.000,00 €
4970	Nebenkosten Geldverkehr	30,00 €	150,00 €	150,00 €	
	Aufbau Rücklagen	71.060,00 €	0,00 €	0,00 €	
	Gesamt	189.410,00 €	346.260,00 €	358.790,00 €	

K.-Nr.	Bezeichnung	IST-Stand 31.08.*	HH 13/14	Nachtrags-HH 13/14	Differenz
2707	Sonst. regelmäßige Erträge	510,00 €	1.000,00 €	1.000,00 €	
2708	Nutzungsentgelte Mat.-Verleih	1.380,00 €	1.000,00 €	2.000,00 €	1.000,00 €
8044	Sonst. Verkauf	10,00 €	100,00 €	50,00 €	-50,00 €
8051	Bewirtung	160,00 €	750,00 €	500,00 €	-250,00 €
8053	spiritus rector	0,00 €	2.300,00 €	2.300,00 €	
8610	DJH-Ausweise	0,00 €	10,00 €	10,00 €	
8625	Semesterbeiträge	186.470,00 €	322.000,00 €	347.000,00 €	25.000,00 €
8650	Zinsen Sparkassenbuch	0,00 €	1.000,00 €	1.000,00 €	
8655	Zinsen Börsenkonto	390,00 €	1.100,00 €	1.000,00 €	-100,00 €
8660	ISIC-Ausweise	490,00 €	2.000,00 €	2.000,00 €	
	Entn. aus Rücklagen	0,00 €	15.000,00 €	1.930,00 €	-13.070,00 €
	Gesamt	189.410,00 €	346.260,00 €	358.790,00 €	

*... auf 10,- Euro genau

9. Antrag 13/087 Änderung der Mitgliedschaftsordnung § 2 Abs. 3 und § 3 Abs. 2, 3. Lesung

Antragsteller: Felix Walter

Antragstext: Der StuRa möge beschließen die §§ 2 Abs. 3 und 3 Abs. 2 wie folgt zu ändern:

ALT:

5 § 2 (3) Der Austritt ist schriftlich durch das Austrittsformular gegenüber dem Studentenrat zu erklären.

§ 3 (2) Der Eintritt ist schriftlich durch das Eintrittsformular gegenüber dem Studentenrat zu erklären.

10

NEU:

15 § 2 (3) Der Austritt ist schriftlich durch das Austrittsformular unter Vorlage einer für das laufende Semester gültigen Immatrikulationsbescheinigung und einer Kopie eines gültigen Personaldokuments (Personalausweis oder Reisepass) gegenüber dem Studentenrat zu erklären.

20 § 3 (2) Der Eintritt ist schriftlich durch das Eintrittsformular unter Vorlage einer für das laufende Semester gültigen Immatrikulationsbescheinigung und einer Kopie eines gültigen Personaldokuments (Personalausweis oder Reisepass) gegenüber dem Studentenrat zu erklären.

Begründung:
25 Bisher gibt es keine rechtliche Grundlage für die mit dem Imma-Amt abgesprochene Handhabung, dass dem Austritt eine Imma- Bescheinigung und die Kopie eines Personaldokumentes beizulegen sind.

30

35

40

10. Info-TOP Rektorspende

Antragsteller: FSR Maschinenwesen

Hallo Leute,

ihr hattet unlängst um Vorschläge für die Verwendung der Rektorspende gebeten. Der
Fachschaftsrat Maschinenwesen hat beschlossen, folgenden Vorschlag einzureichen:

5

Antrag:

Der Studentenrat möge beschließen, die Abrechnung der Rektorspende
mittels bereits durch den Studentenrat beglichene Rechnungen, die

- dem Verwendungszweck der Rektorspende entsprechen

10 - im Zeitraum vom 04.2013 bis 11.2013 anfielen

abzuwickeln. Für die Auswahl und Abwicklung wird der Geschäftsführer Finanzen beauftragt.

Begründung:

15 Anders als gefordert schlagen wir keine zukünftigen Ausgaben vor. Stattdessen sollen bereits
abgewickelte Rechnungen eingereicht werden. Dies hat aus unserer Sicht folgende Vorteile:

- Wegfall des der Debatte um die Notwendigkeit von Anschaffungen und Projekten, die weder
realisiert noch abgerechnet wurden (und die Rechnungen sind ja anscheinend für die
Abrechnung notwendig)

- es ist zeitnahe Umsetzung im Gegensatz zu neuen

20 Anschaffungen/Projekten, die erst einmal beschlossen werden müssten, möglich der Zeitraum
ist so gewählt, dass keine Haushaltsjahrüberschneidung stattfindet und dass eine Umsetzung
bis Ende diesen Jahres möglich ist. - der Geschäftsführer Finanzen aufgrund seines
Verantwortungsbereiches die Kompetenz für die Auswahl passender Rechnungen aufweist.

25 Der Antrag wird durch einem unserer StuRa-Ensandten vertreten.

LG, euer FSR Maschinenwesen

30

35

40

45

11. Antrag 13/093 Finanzantrag Förderung IHI-Sport

Antragsteller: Felix Walter, Andreas Bulcsu

Antragstext: Der StuRa möge zur Unterstützung des Studierendensportes am IHI Zittau für das Studienjahr 2013/14 500,- € beschließen. Pro Semester werden maximal 250,- € und maximal 50% des fälligen Gesamtbetrages gefördert.

Begründung: Die Studierenden des FSR IHI Zittau können an dem "normalen" TUD- Sportangeboten nicht teilnehmen. Es gab bisher stets eine Vereinbarung mit dem StuRa der Hochschule Zittau/Görlitz, wonach die Studierenden des IHI Zittau gegen einen kleinen Umkostenbeitrag i. H. v. 1,40 € / Studierenden des IHI am Sportangebot des StuRa der HS Z/G teilnehmen durften. Im vergangenen Semester hat der StuRa TUD diesen Beitrag ermangels FSR-eigener Finanzer vollständig bezahlt. Aufgrund der geringen Studierendenzahl und den damit verbundenen geringen Semesterbeiträgen, die an den FSR IHI Zittau gehen, empfiehlt der GF Finanzen den Sport mit 50% der Kosten zu bezuschussen. Ein entsprechendes Vertragswerk liegt vor. Die notwendige Änderung im Haushaltsplan soll vorgenommen werden.

20

12. Sonstiges

5